

MiFID II Product Governance / Eligible Counterparties, Professional Clients and Retail Clients Target Market

Solely for the purposes of the manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Securities has led to the conclusion that (i) the target market for the Securities is eligible counterparties, professional clients and retail clients, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "**MiFID II**"); each having (1) at least informed knowledge and/or experience with financial products, (2) a long-term investment horizon, (3) general capital formation/asset optimisation as investment objective, (4) no or only minor loss bearing capacity, and (5) a medium risk tolerance, and (ii) all channels for distribution of the Securities are appropriate, including investment advice, portfolio management, non-advised services and execution-only, subject to the distributor's suitability and appropriateness obligations under MiFID II, as applicable. Any person subsequently offering, selling or recommending the Securities (a "**Distributor**") should take into consideration the manufacturer's target market assessment; however, a Distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Securities (by either adopting or refining the manufacturer's target market assessment) and determining appropriate distribution channels.

Produktüberwachung nach MiFID II / Zielmarkt geeignete Gegenparteien, professionelle Kunden und Kleinanleger

*Ausschließlich für die Zwecke des Produktgenehmigungsverfahrens des Konzepteurs hat die Zielmarktbeurteilung in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu dem Ergebnis geführt, dass (i) der Zielmarkt für die Schuldverschreibungen geeignete Gegenparteien, professionelle Kunden und Kleinanleger sind, wie jeweils in der Richtlinie 2014/65/EU (in der jeweils geltenden Fassung, "**MiFID II**") definiert, sind, die jeweils (1) über erweiterte Kenntnisse und/oder -erfahrungen mit Finanzprodukten verfügen, (2) einen langfristigen Anlagehorizont besitzen, (3) allgemeine Vermögensbildung / Vermögensoptimierung als Anlageziel verfolgen, (4) keine oder lediglich eine geringe Verlusttragfähigkeit sowie (5) eine mittlere Risikotoleranz aufweisen, und (ii) alle Kanäle für den Vertrieb der Schuldverschreibungen geeignet sind, einschließlich Anlageberatung, Portfolioverwaltung, beratungsfreies Geschäft und reines Ausführungsgeschäft. Jede Person, die die Schuldverschreibungen später anbietet, verkauft oder empfiehlt, (ein "Vertreiber") sollte die Zielmarktbeurteilung des Konzepteurs berücksichtigen, wobei ein der MiFID II unterliegender Vertreiber jedoch dafür verantwortlich ist, eine eigene Zielmarktbeurteilung in Bezug auf die Schuldverschreibungen vorzunehmen (entweder durch Übernahme oder Ausarbeitung der Zielmarktbeurteilung des Konzepteurs) und geeignete Vertriebskanäle festzulegen.*

8 June 2020
8. Juni 2020

Final Terms **Endgültige Bedingungen**

EUR 500,000,000 Fixed-to-Floating Green Notes of 2020/2026
issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "**Issuer**")
pursuant to the

EUR 500.000.000 Fest- zu variabel verzinsliche Grüne Schuldverschreibungen von 2020/2026

begeben von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**")
aufgrund des

Euro 80,000,000,000
Euro 80.000.000.000

Debt Issuance Programme

dated 21 June 2019
datiert 21. Juni 2019

of
der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Legal Entity Identifier: 7LTWFZYICNSX8D621K86
Rechtsträgerkennung: 7LTWFZYICNSX8D621K86

Issue Price: 99.938 per cent.
Ausgabepreis: 99,938 %

Issue Date: 10 June 2020
Begebungstag: 10. Juni 2020

(the "**Securities**")
(die "**Schuldverschreibungen**")

These Final Terms (<https://www.db.com/ir/en/dip-base-prospectuses.htm>) have been prepared for the purpose of Article 5(4) of the Prospectus Directive and must be read in conjunction with the Base Prospectus (<https://www.db.com/ir/en/dip-base-prospectuses.htm>) dated 21 June 2019 (including the documents incorporated into the Base Prospectus by reference) (the "**Prospectus**") pertaining to the Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme of Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "**Programme**") and any supplement(s) (<https://www.db.com/ir/en/dip-base-prospectuses.htm>) to the Prospectus pursuant to Article 16 of the Prospectus Directive (including the documents incorporated by reference into the Prospectus by such supplements). The Prospectus (and any supplements to the Prospectus) is available for viewing in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu) and on the website of the Issuer (www.db.com/ir). Full information on Deutsche Bank Aktiengesellschaft and the offer of the Securities is only available on the basis of the combination of the Prospectus, any supplement to the Prospectus and these Final Terms.

*Diese Endgültigen Bedingungen (<https://www.db.com/ir/de/dip-basisprospekte.htm>) wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Prospekttrichtlinie abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt (<https://www.db.com/ir/de/dip-basisprospekte.htm>) vom 21. Juni 2019 (einschließlich der per Verweis in den Basisprospekt einbezogenen Dokumente) (der "**Prospekt**") in Bezug auf das Euro 80.000.000.000 Debt Issuance Programme der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (das "**Programm**") sowie etwaigen Nachträgen (<https://www.db.com/ir/de/dip-basisprospekte.htm>) gemäß Artikel 16 der Prospekttrichtlinie (einschließlich aller Dokumente, die mittels solcher Nachträge per Verweis in den Prospekt einbezogen wurden) zu lesen. Der Prospekt (sowie jeder Nachtrag dazu) kann in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) und der Internetseite der Emittentin (www.db.com/ir) eingesehen werden. Um sämtliche Angaben zur Deutschen Bank Aktiengesellschaft und dem Angebot der Schuldverschreibungen zu erhalten, sind der Prospekt, etwaige Nachträge zum Prospekt und diese Endgültigen Bedingungen im Zusammenhang zu lesen.*

Part I: Terms and Conditions Teil I: Emissionsbedingungen

The Terms and Conditions applicable to the Securities (the "**Conditions**") and the non-binding English language translation thereof are as set out below.

*Die auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bedingungen (die "**Bedingungen**") sowie die unverbindliche englischsprachige Übersetzung sind nachfolgend aufgeführt.*

Diese Serie von Anleihen (die "**Schuldverschreibungen**") wird gemäß einem Zahlstellenvertrag vom 21. Juni 2019 (einschließlich einer etwaigen geänderten, ergänzten und/oder neu gefassten Fassung dieses Vertrags, das "**Agency Agreement**") begeben, der unter anderem zwischen Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Emittentin und Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Fiscal Agent und den anderen darin genannten Parteien geschlossen wurde. Kopien des Agency Agreement können kostenfrei bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent, der bezeichneten Geschäftsstelle jeder Zahlstelle sowie der Hauptgeschäftsstelle der Emittentin bezogen werden.

§ 1

WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, BESTIMMTE DEFINITIONEN

- (1) *Währung und Stückelung.* Diese Serie von Schuldverschreibungen wird von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") in Euro ("**EUR**" oder die "**Festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von EUR 500.000.000 (in Worten: fünfhundert Millionen Euro) in einer Stückelung von EUR 1.000 (die "**Festgelegte Stückelung**") begeben.
- (2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) *Vorläufige Globalurkunde – Austausch.*
 - (a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "**Vorläufige Globalurkunde**") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine verbrieft. Die Vorläufige Globalurkunde wird gegen eine Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**") und zusammen mit der Vorläufigen Globalurkunde die "**Globalurkunden**" und jeweils eine "**Globalurkunde**") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine ausgetauscht. Die Vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde werden jeweils von oder im Namen der Emittentin unterschrieben und werden vom Fiscal Agent oder in dessen Namen jeweils mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.
 - (b) Die Vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "**Austauschtag**"), der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegt, gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht. Der Austausch tag für einen solchen Austausch darf nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der bzw. die wirtschaftliche(n) Eigentümer (*beneficial owner(s)*) der durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine US-Person ist bzw. keine US-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine Vorläufige Globalurkunde verbrieft Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt, diese Vorläufige Globalurkunde gemäß diesem Unterabsatz (b) dieses Absatzes (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die Vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4(3) definiert) zu liefern.
- (4) *Clearing System.* Jede Globalurkunde wird von einem oder für ein Clearing System verwahrt, bis, im Fall der Dauerglobalurkunde, sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" bezeichnet: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Deutschland ("**CBF**") sowie jeden Nachfolger in dieser Eigenschaft.
- (5) *Gläubiger der Schuldverschreibungen.* "**Gläubiger der Schuldverschreibungen**" bezeichnet in Bezug auf die bei einem Clearing System oder einer sonstigen zentralen Wertpapierverwahrstelle

hinterlegten Schuldverschreibungen jeden Inhaber eines Miteigentumsanteils oder eines anderen vergleichbaren Rechts an den hinterlegten Schuldverschreibungen.

- (6) *Bezugnahmen.* Bezugnahmen in diesen Bedingungen auf die "Schuldverschreibungen" schließen Bezugnahmen auf jede die Schuldverschreibungen verbriefende Globalurkunde ein, es sei denn, aus dem Zusammenhang ergibt sich etwas anderes. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf die "Emissionsbedingungen" oder die "Bedingungen" verstehen sich als Bezugnahmen auf diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

§ 2 STATUS

- (1) Zweck der Schuldverschreibungen ist es, der Emittentin als berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Rahmen der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu dienen.
- (2) Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nicht nachrangige, bevorrechtigte Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin im gleichen Rang stehen, jedoch vorbehaltlich eines Vorrangs, der bestimmten nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aufgrund gesetzlicher Bestimmungen im Fall von Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Emittentin oder im Fall der Auflösung, der Liquidation oder der Insolvenz oder eines Vergleichs oder eines anderen der Abwendung der Insolvenz dienenden Verfahrens gegen die Emittentin eingeräumt wird. Gemäß § 46f Abs. 5 KWG gehen die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen den Verbindlichkeiten aus Schuldtiteln der Emittentin im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder nach einer Nachfolgebestimmung im Rang vor.
- (3) Im Einklang mit § 10 Abs. 5 KWG ist die Aufrechnung von Forderungen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ausgeschlossen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen zu keinem Zeitpunkt eine Sicherheit oder Garantie gestellt; bereits gestellte oder zukünftig gestellte Sicherheiten oder Garantien im Zusammenhang mit anderen Verbindlichkeiten der Emittentin haften nicht für Forderungen aus den Schuldverschreibungen.
- (4) Nachträglich können der Rang der Verbindlichkeiten gemäß § 2(2) nicht verbessert sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine Rückzahlung, ein Rückkauf oder eine Kündigung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit ist nur mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zulässig, sofern gesetzlich erforderlich. Werden die Schuldverschreibungen (i) unter anderen als den in § 2(2) beschriebenen Umständen oder (ii) anders als infolge einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs nach Maßgabe dieser Bedingungen zurückgezahlt oder von der Emittentin zurückerworben, so ist der gezahlte Betrag der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.

§ 3 ZINSEN

- (1) *Zinsfeststellung und Zinsperioden.* Jede Schuldverschreibung wird ab dem 10. Juni 2020 (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum 10. Juni 2025 (der "**Zinswechselfesttag**") (ausschließlich) mit dem Zinssatz I verzinst. Jede Schuldverschreibung wird ab dem Zinswechselfesttag (einschließlich) mit dem Zinssatz II verzinst.

"**Zinssatz I**" bezeichnet 1,375 % *per annum*.

"**Zinssatz II**" bezeichnet den Referenzsatz plus 1,67 % *per annum*.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode ist der für diese Zinsperiode maßgebliche Zinssatz I bzw. Zinssatz II.

Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode I und jede Zinsperiode II, wobei jede dieser Perioden eine Zinsperiode ist.

"**Zinsperiode I**" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag (ausschließlich) und danach bis zum Zinswechselltag (ausschließlich) jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag (ausschließlich).

"**Zinsperiode II**" bezeichnet den Zeitraum vom Zinswechselltag (einschließlich) bis zum ersten folgenden Zinszahltag (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag (ausschließlich). Falls es in dem Kalendermonat, in dem ein Zinszahltag fallen sollte, keine numerische Entsprechung für diesen Tag gibt oder ein Zinszahltag ansonsten auf einen Tag fallen würde, der kein Geschäftstag ist, wird der Zinszahltag auf den nächsten Tag verschoben, der ein Geschäftstag ist, es sei denn, er würde dadurch in den folgenden Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahltag auf den unmittelbar vorangegangenen Geschäftstag vorgezogen (Modifizierte Folgender-Geschäftstag-Konvention).

(2) *Zinszahltag*. Zinszahlungen erfolgen nachträglich am 10. Juni 2021, 10. Juni 2022, 10. Juni 2023, 10. Juni 2024, 10. Juni 2025, 10. September 2025, 10. Dezember 2025, 10. März 2026 und 10. Juni 2026 (jeweils ein "**Zinszahltag**").

(3) *Auflaufende Zinsen*. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche nicht aus).

(4) *Zinsbetrag*.

(a) Der an jedem Zinszahltag zahlbare Zinsbetrag für eine Zinsperiode I ist in Bezug auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ein Betrag, dessen Berechnung durch Anwendung des Zinssatzes I und des Zinstagequotienten I (wie nachstehend definiert) auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen, der durch die Globalurkunde verbrieft ist, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung erfolgt, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet oder eine andere marktübliche Rundungsregel angewandt wird.

"**Zinstagequotient I**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode I: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode.

(b) Der an jedem Zinszahltag zahlbare Zinsbetrag für eine Zinsperiode II ist in Bezug auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ein Betrag, dessen Berechnung durch Anwendung des Zinssatzes II und des Zinstagequotienten II (wie nachstehend definiert) auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen, der durch die Globalurkunde verbrieft ist, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung erfolgt, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet oder eine andere marktübliche Rundungsregel angewandt wird.

"Zinstagequotient II" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode II die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.

- (5) *Berechnungen und Feststellungen.* Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.
- (6) *Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz und jeder Zinsbetrag für eine jede Zinsperiode der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 mitgeteilt.
- (7) *Verbindlichkeit der Feststellungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle, einem Unabhängigen Berater oder der Emittentin für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.
- (8) *Zinssatz-Ersetzung.* Im Falle, dass die Emittentin feststellt, dass an oder vor einem Zinsfestlegungstag (der "**Maßgebliche Zinsfestlegungstag**") ein Zinssatz-Ersetzungsgrund in Bezug auf einen Variablen Zinssatz eingetreten ist, hat die Maßgebliche Festlegende Stelle, falls sie gegenüber der Emittentin den Eintritt dieses Zinssatz-Ersetzungsgrunds zu bestätigt (sofern es sich bei der Maßgeblichen Festlegenden Stelle nicht um die Emittentin handelt), nach ihrem billigen Ermessen (i) einen Ersatzzinssatz für den maßgeblichen Variablen Zinssatz und (ii) Ersatzzinssatz-Anpassungen festzulegen und ihre Festlegungen der Emittentin und der Berechnungsstelle (sofern es sich bei diesen jeweils nicht um die Maßgebliche Festlegende Stelle handelt) unverzüglich mitzuteilen.

Der (etwaige) in dieser Weise festgelegte Ersatzzinssatz ersetzt, unter Anwendung der Anpassungsspanne gemäß den Bestimmungen dieser Bedingungen, den maßgeblichen Variablen Zinssatz, und die Bedingungen gelten des Weiteren für die Zwecke der Festlegung des Zinssatzes jeweils für die Zinsperiode in Bezug auf den Zinsfestlegungstag, der auf den Ersatzzinssatz-Festlegungstag fällt oder, falls auf diesen Tag kein Zinsfestlegungstag fällt, der unmittelbar auf den Tag des Ersatzzinssatz-Festlegungstags folgt, sowie jede nachfolgende Zinsperiode als durch die in dieser Weise festgelegten Ersatzzinssatz-Anpassungen abgeändert (vorbehaltlich des nachfolgenden Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrunds in Bezug auf den Ersatzzinssatz). Die Emittentin wird den Gläubigern der Schuldverschreibungen so bald wie möglich nach dem Ersatzzinssatz-Festlegungstag den Ersatzzinssatz sowie die Ersatzzinssatz-Anpassungen durch Mitteilung gemäß § 12 mitteilen und das Clearing System auffordern, der Globalurkunde die vorgelegten Dokumente in geeigneter Weise beizufügen, um die Änderung der Bedingungen zu berücksichtigen.

Im Falle, dass ein Ersatzzinssatz, eine etwaige erforderliche Anpassungsspanne und jedwede sonstigen maßgeblichen Ersatzzinssatz-Anpassungen nicht im Einklang mit den vorstehenden Bestimmungen festgelegt werden, kann die Emittentin durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen mit einer Frist von nicht weniger als 15 Geschäftstagen gemäß § 12 bis zum Zinsfestlegungstag (ausschließlich), der unmittelbar auf den Maßgeblichen Zinsfestlegungstag folgt, oder, wenn dieser Tag vor dem fünften Jahrestag des Begebungstages liegen würde, am ersten Zinsfestlegungstag, der auf diesen fünften Jahrestag fällt oder nach diesem liegt, die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, zum Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einschließlich etwaiger bis zum Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen zurückzahlen.

Werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen zurückgezahlt, so finden die Bestimmungen dieses § 3(8) in Bezug auf den unmittelbar folgenden Zinsfestlegungstag erneut Anwendung.

(9) *Begriffsbestimmungen.* Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Anpassungsspanne" bezeichnet eine Spanne (die positiv oder negativ sein kann) oder die Formel oder Methodik zur Berechnung einer Spanne, der bzw. die nach Festlegung der Maßgeblichen Festlegenden Stelle in Bezug auf den maßgeblichen Ersatzzinssatz anzuwenden ist, um eine Übertragung von wirtschaftlichem Wert zwischen der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen soweit als mit vertretbarem Aufwand möglich zu verringern oder zu beseitigen, die eine Ersetzung des maßgeblichen Variablen Zinssatzes durch den Ersatzzinssatz ansonsten auslösen würde.

"Bildschirmseite" bezeichnet Reuters Bildschirm EURIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgesite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes als Informationsanbieter benannt wird.

"Ersatzzinssatz" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen Ersatz-, Alternativ- oder Nachfolgezinssatz (welcher auch, ohne Beschränkung hierauf, der Variable Zinssatz nach einer wesentlichen Änderung seiner Berechnungsmethodik sein kann), der mit Blick auf seine Funktion in den internationalen Kapitalmärkten einen geeigneten Ersatz für den Variablen Zinssatz darstellt. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Anpassungen" bezeichnet (a) solche Anpassungen der Bedingungen, die die Maßgebliche Festlegende Stelle nach ihrem billigen Ermessen festlegt, um der Anwendung des jeweiligen Ersatzzinssatzes Rechnung zu tragen (wobei diese, ohne Beschränkung hierauf, Anpassungen der geltenden Geschäftstagskonvention, der Definition von Geschäftstag, des Zinsfestlegungstages (der auf eine Zeit vor, während oder nach der Zinsperiode verschoben werden kann), des Zinstagequotienten, jeder Methodik oder Definition zum Erhalt oder zur Berechnung des Ersatzzinssatzes umfassen können) und (b) jede Anpassungsspanne, die auf den betreffenden Ersatzzinssatz Anwendung findet. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Festlegungstag" bezeichnet den ersten Tag, zu dem sowohl der jeweilige Ersatzzinssatz als auch etwaige maßgebliche Ersatzzinssatz-Anpassungen von der Maßgeblichen Festlegenden Stelle festgelegt sind.

"Festgelegte Endfälligkeit" bezeichnet 3 Monate.

"Geschäftstag" bezeichnet einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement System (TARGET2) System geöffnet ist.

"Maßgebliche Festlegende Stelle" bezeichnet in Bezug auf die (etwaige) Bestätigung des Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes und die Festlegung eines Ersatzzinssatzes sowie maßgeblicher Ersatzzinssatz-Anpassungen die Berechnungsstelle oder einen Unabhängigen Berater, die bzw. den die Emittentin nach der Feststellung eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes mit diesen Feststellungen bzw. Festlegungen jeweils beauftragt, wobei im Falle, dass weder die Berechnungsstelle noch anderenfalls ein Unabhängiger Berater unter Aufwendung zumutbarer Anstrengungen zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen beauftragt werden kann, die Maßgebliche Festlegende Stelle die Emittentin ist, und wobei weiter gilt, dass im Falle, dass die Emittentin einen Unabhängigen Berater mit der Festlegung eines dem Ersatzzinssatz entsprechenden Zinssatzes sowie den Ersatzzinssatz-Anpassungen entsprechenden Anpassungen in Bezug auf sonstige Wertpapiere der Emittentin beauftragt hat und die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen feststellt, dass diese Festlegungen als Ersatzzinssatz und Ersatzzinssatz-Anpassungen für die Schuldverschreibungen geeignet sind, die Emittentin nach ihrer Wahl die Maßgebliche Festlegende Stelle sein kann.

"Maßgebliche Leitlinien" bezeichnet (i) alle gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Erfordernisse, die auf die Schuldverschreibungen oder die Emittentin Anwendung finden, oder, falls keine solchen bestehen, (ii) alle anwendbaren Erfordernisse, Empfehlungen oder Leitlinien einer Maßgeblichen Nominierungsstelle oder, falls keine solchen bestehen, (iii) alle maßgeblichen Empfehlungen oder Leitlinien von Branchenverbänden (einschließlich der International Swaps and Derivatives Association, Inc.) oder, falls keine solchen bestehen, (iv) alle einschlägigen Marktpraktiken.

"Maßgebliche Nominierungsstelle" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz:

(a) die Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung oder eine Zentralbank oder sonstige Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes unterstellt ist; oder

(b) eine Arbeitsgruppe oder einen Ausschuss, die bzw. der von (i) der Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung, (ii) einer Zentralbank oder sonstigen Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes untersteht, (iii) einer Gruppe der vorgenannten Zentralbanken oder sonstiger Aufsichtsbehörden oder (iv) dem Rat für Finanzstabilität (*Financial Stability Board*) oder einem Teil davon offiziell unterstützt oder gesponsert wird oder die bzw. der durch eine dieser Stellen oder Gruppen einberufen wird oder bei der bzw. dem eine solche den Vorsitz oder gemeinsamen Vorsitz führt.

"Maßgebliche Zinssatzwährung" bezeichnet die Währung, auf den sich der maßgebliche Variable Zinssatz bezieht.

Der **"Referenzsatz"** entspricht

dem Satz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit, der um 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-EURIBOR) (der **Variable Zinssatz**), oder, wenn die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung steht oder zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt wird, dem in Bezug auf den letzten vorangegangenen Zinsfestlegungstag angewandten Variablen Zinssatz oder falls es einen solchen nicht gab, dem in Bezug auf die letzte vorangegangene Zinsperiode angewandten Zinssatz.

"TARGET2-Geschäftstag" bezeichnet einen Tag, an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System geöffnet ist.

"Unabhängiger Berater" bezeichnet ein unabhängiges, international anerkanntes Finanzinstitut oder einen anderweitig anerkannten unabhängigen Berater mit angemessener Qualifikation.

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den zweiten TARGET2-Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode.

"Zinssatz-Ersetzungsgrund" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen der folgenden Umstände:

(a) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass er die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt;

(b) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass eine wesentliche Änderung in der Berechnungsmethodik für den

Variablen Zinssatz eingetreten ist oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums eintreten wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist;

(c) die für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Aufsichtsbehörde, die Zentralbank der Maßgeblichen Zinssatzwährung, ein für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständiger Insolvenzverwalter, eine für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Abwicklungsbehörde oder ein Gericht oder eine Stelle mit ähnlicher Zuständigkeit im Falle der Insolvenz oder Abwicklung des Administrators des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass der Administrator des Variablen Zinssatzes die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt; oder

(d) es erfolgt eine Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12, dass die Verwendung des Variablen Zinssatzes für die Emittentin im Rahmen der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen oder aufsichtsrechtlicher Erfordernisse (einschließlich der EU-Benchmark-Verordnung (Verordnung (EU) 2016/1011) in der jeweils geltenden Fassung) nicht länger zulässig ist.

§ 4 ZÄHLUNGEN

(1) (a) *Zahlungen auf Kapital.* Zahlungen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent außerhalb der Vereinigten Staaten.

(b) *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1(3)(b).

(2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher oder sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen auf die Schuldverschreibungen fällige Zahlungen in Euro.

(3) *Vereinigte Staaten.* "**Vereinigte Staaten**" bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Besitzungen (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guams, American Samoas, Wake Islands und der Northern Mariana Islands).

(4) *Erfüllung.* Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order in Höhe des gezahlten Betrags von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) *Zahlungsgeschäftstag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahlungsgeschäftstag ist, dann hat der Gläubiger der Schuldverschreibungen keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahlungsgeschäftstag und ist auch nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

In diesem Zusammenhang bezeichnet "**Zahlungsgeschäftstag**" einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System geöffnet sind und Zahlungen abwickeln.

- (6) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* In diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahmen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen schließen, soweit zutreffend, folgende Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, den Wahlrückzahlungsbetrag (Call) sowie jeden Aufschlag und alle sonstigen auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen gegebenenfalls zahlbaren Beträge.
- (7) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Kapitalbeträge oder Zinsbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern der Schuldverschreibungen nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem jeweiligen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger der Schuldverschreibungen sich nicht in Annahmeverzug befinden. Wenn und soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen gegen die Emittentin.

§ 5 RÜCKZAHLUNG

- (1) *Rückzahlung bei Fälligkeit.* Soweit nicht bereits zuvor zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet, wird jede Schuldverschreibung zu ihrem Nennbetrag (der "**Rückzahlungsbetrag**" am 10. Juni 2026 (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt.
- (2) *Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.*
- (a) Die Emittentin kann nach einer Kündigung gemäß Unterabsatz (b) die zum jeweiligen Zeitpunkt ausstehenden Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise an den Wahlrückzahlungstagen (Call) zu den Wahlrückzahlungsbeträgen (Call), wie nachstehend angegeben, nebst etwaigen bis zum jeweiligen Wahlrückzahlungstag (Call) (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen.

Wahlrückzahlungstage (Call)

10. Juni 2025

Wahlrückzahlungsbeträge (Call)

der Betrag, der dem Rückzahlungsbetrag entspricht.

Die Ausübung dieses Wahlrechts der Emittentin ist – sofern gesetzlich erforderlich – von der vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde abhängig

- (b) Die Kündigung ist den Gläubigern der Schuldverschreibungen durch die Emittentin gemäß § 12 bekannt zu geben. Sie beinhaltet die folgenden Angaben:
- (i) Name und Kennnummern der Schuldverschreibungen,
- (ii) eine Erklärung, ob alle oder nur einige der Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden, und im letzteren Fall den Gesamtnennbetrag der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen,
- (iii) den Wahlrückzahlungstag (Call), der nicht weniger als fünf Geschäftstage und nicht mehr als 60 Tage nach dem Tag der Kündigung durch die Emittentin gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen liegen darf, und
- (iv) den Wahlrückzahlungsbetrag (Call), zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden.

- (c) Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die betreffenden Schuldverschreibungen frühestens 30 Tage vor dem Wahlrückzahlungstag (Call) (der "**Auswahltag**") in Übereinstimmung mit den Regeln des betreffenden Clearing Systems ausgewählt, wobei dies in den Unterlagen dieses Clearing Systems nach dessen Ermessen entweder als so genannter "pool factor" oder als Reduzierung des Nennbetrags zu vermerken ist.
- (3) *Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag.* Der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung (der "**Vorzeitige Rückzahlungsbetrag**") entspricht dem Rückzahlungsbetrag.

§ 6 BEAUFTRAGTE STELLEN

- (1) *Bestellung.* Der Fiscal Agent und die Zahlstelle (die "**Beauftragten Stellen**" und jede eine "**Beauftragte Stelle**") und ihre jeweiligen Geschäftsstellen sind:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Trust & Securities Services
Taubusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

(der "**Fiscal Agent**")

Zahlstelle: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Trust & Securities Services
Taubusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

(die "**Zahlstelle**")

Der Fiscal Agent handelt auch als Berechnungsstelle (die "**Berechnungsstelle**")

Jede Beauftragte Stelle behält sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweilige Geschäftsstelle durch eine andere Geschäftsstelle zu ersetzen.

- (2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung des Fiscal Agent oder der Zahlstelle zu ändern oder zu beenden und einen anderen Fiscal Agent oder eine andere oder zusätzliche Zahlstellen zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (a) einen Fiscal Agent und (b), solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind, eine Zahlstelle (die der Fiscal Agent sein kann) mit einer Geschäftsstelle an einem solchen Ort, wie nach den Regeln der Börse oder den Vorschriften einer anderen maßgeblichen Behörde verlangt, unterhalten. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem diese bzw. dieser sofort wirksam wird), sofern dies den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und höchstens 45 Tagen vorab mitgeteilt worden ist.
- (3) *Beauftragte der Emittentin.* Jede Beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen, und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und diesen Gläubigern begründet.

§ 7 STEUERN

Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder staatlichen Gebühren gleich welcher Art, die im Wege des Abzugs oder Einbehalts erhoben oder eingezogen werden, gezahlt, falls ein solcher Abzug oder Einbehalt gesetzlich vorgeschrieben ist (unter anderem gemäß Sections 1471 bis 1474 des US-Bundessteuergesetzes (*United States Internal Revenue Code*) von 1986 (der "**IRC**"), sämtlichen darunter erlassenen Vorschriften oder Vereinbarungen, einschließlich einer Vereinbarung gemäß Section 1471(b) IRC, oder offiziellen Auslegungen dieser Bestimmungen ("**FATCA**") oder nach Maßgabe eines Gesetzes zur Umsetzung einer zwischenstaatlichen Vereinbarung in Bezug auf FATCA).

Bei Schuldverschreibungen, bei denen eine Wiederanlage der Nettodividende hinsichtlich eines zugrunde liegenden US-Wertpapiers (d. h. eines Wertpapiers, auf das Dividenden aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten gezahlt werden) oder eines US-Wertpapiere enthaltenden Index vorgesehen ist, können sämtliche auf die Schuldverschreibungen, die sich auf solche US-Wertpapiere oder einen US-Wertpapiere umfassenden Index beziehen, zahlbaren Beträge unter Bezug auf Dividenden auf diese US-Wertpapiere berechnet werden, die zu einem Prozentsatz wieder angelegt werden, der eine Quellensteuer nach Section 871(m) des IRC berücksichtigt. Die Emittentin wird in Bezug auf eine Quellensteuer nach Section 871(m) keine zusätzlichen Beträge an den Gläubiger zahlen.

§ 8 VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre abgekürzt.

§ 9 ABWICKLUNGSMAßNAHMEN

- (1) Nach den für die Emittentin geltenden Abwicklungsvorschriften unterliegen die Schuldverschreibungen den Befugnissen der zuständigen Behörde,
 - (a) Ansprüche auf Zahlungen auf Kapital, von Zinsen oder sonstigen Beträgen ganz oder teilweise herabzuschreiben,
 - (b) diese Ansprüche in Anteile oder sonstige Instrumente des harten Kernkapitals (i) der Emittentin, (ii) eines gruppenangehörigen Unternehmens oder (iii) eines Brückeninstituts umzuwandeln und solche Instrumente an die Gläubiger auszugeben oder zu übertragen, und/oder
 - (c) sonstige Abwicklungsmaßnahmen anzuwenden, einschließlich (ohne Beschränkung) (i) einer Übertragung der Schuldverschreibungen auf einen anderen Rechtsträger, (ii) einer Änderung der Bedingungen der Schuldverschreibungen oder (iii) deren Löschung;(jede eine "**Abwicklungsmaßnahme**").
- (2) Abwicklungsmaßnahmen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, sind für die Gläubiger der Schuldverschreibungen verbindlich. Aufgrund einer Abwicklungsmaßnahme bestehen keine Ansprüche oder andere Rechte gegen die Emittentin. Insbesondere stellt die Anordnung einer Abwicklungsmaßnahme keinen Kündigungsgrund dar.

- (3) Dieser § 9 regelt ungeachtet anderslautender Vereinbarungen die hier beschriebenen Inhalte abschließend. Mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen werden die in diesem § 9 beschriebenen Bedingungen akzeptiert.

§ 10 ERSETZUNG DER EMITTENTIN

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin (oder eine Gesellschaft, durch die diese zuvor bereits ersetzt wurde) ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger der Schuldverschreibungen eine andere Gesellschaft an ihrer Stelle als Hauptschuldnerin (die "**Nachfolgeschuldnerin**") für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen einzusetzen, sofern
- (a) die Nachfolgeschuldnerin alle Zahlungsverpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt,
 - (b) die Nachfolgeschuldnerin alle erforderlichen Zustimmungen eingeholt hat und berechtigt ist, an den Fiscal Agent die zur Erfüllung der Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen erforderlichen Beträge in der hierin festgelegten Währung zu zahlen,
 - (c) die Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge auf nachrangiger Basis garantiert, und die Forderungen aus der Garantie den gleichen Rang haben wie die Forderungen aus den Schuldverschreibungen,
 - (d) die Anwendbarkeit der in § 9 beschriebenen Abwicklungsmaßnahmen gewährleistet ist, und
 - (e) eine Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zur Ersetzung vorliegt, sofern gesetzlich erforderlich.

Die Emittentin ist berechtigt, die Niederlassung, durch die sie für die Zwecke dieser Schuldverschreibungen tätig ist, durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12 zu ändern, wobei in dieser Mitteilung der Tag dieser Änderung anzugeben ist und keine Änderung ohne eine entsprechende vorherige Mitteilung vorgenommen werden kann.

- (2) *Mitteilung.* Jede Ersetzungsmittteilung ist gemäß § 12 zu veröffentlichen.
- (3) *Änderung von Bezugnahmen.* Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Bedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf den Staat, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf den Staat, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

§ 11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne die Zustimmung der Gläubiger der Schuldverschreibungen weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (oder gegebenenfalls mit gleicher Ausstattung mit Ausnahme des Begebungstags, des Betrags und des Tages der ersten Zinszahlung und/oder des Beginns des Zinslaufs) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Rückkauf und Entwertung.* Die Emittentin ist berechtigt, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde – sofern gesetzlich erforderlich – Schuldverschreibungen im Markt oder

anderweitig zu jedem beliebigen Preis zurückzukaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder zur Entwertung beim Fiscal Agent eingereicht werden.

§ 12 MITTEILUNGEN

- (1) *Veröffentlichung.* Vorbehaltlich der Bestimmungen des nachstehenden Absatzes (2) sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Jede derartige Mitteilung gilt am dritten Tag nach dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am dritten Tag nach dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

Wenn und solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind, und soweit die Regeln der Luxemburger Börse dies verlangen, sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen auch in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) zu veröffentlichen.

- (2) *Mitteilung an das Clearing System.* Die Emittentin kann alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen übermitteln. Eine solche Mitteilung an das Clearing System ersetzt die Veröffentlichung nach vorstehendem Absatz (1), sofern die Veröffentlichung von Mitteilungen gemäß Absatz (1) rechtlich (einschließlich aufgrund anwendbarer Börsenregeln) nicht erforderlich ist. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag, an dem diese Mitteilung an das maßgebliche Clearing System erfolgt ist, als den Gläubigern der Schuldverschreibungen mitgeteilt.

§ 13 VERSAMMLUNGEN DER GLÄUBIGER DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

- (1) *Beschlussgegenstände.* Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde, sofern gesetzlich erforderlich, gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz durch Mehrheitsbeschluss die Bedingungen ändern, einen gemeinsamen Vertreter aller Gläubiger der Schuldverschreibungen bestellen und über alle anderen gesetzlich zugelassenen Beschlussgegenstände beschließen.
- (2) *Mehrheitserfordernisse für Änderungen der Bedingungen.* Die Gläubiger der Schuldverschreibungen entscheiden mit einer Mehrheit von 75 % (Qualifizierte Mehrheit) der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte über wesentliche Änderungen der Bedingungen, insbesondere die in § 5(3) Schuldverschreibungsgesetz aufgeführten Maßnahmen. Beschlüsse, durch die der wesentliche Inhalt der Bedingungen nicht geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit von mindestens 50 % der teilnehmenden Stimmrechte. Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen nimmt an Abstimmungen nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.
- (3) *Beschlussfassung.* Beschlüsse der Gläubiger der Schuldverschreibungen werden im Wege einer Abstimmung ohne Versammlung nach § 18 Schuldverschreibungsgesetz getroffen.
- (4) *Nachweise.* Gläubiger der Schuldverschreibungen haben die Berechtigung zur Teilnahme an der Abstimmung zum Zeitpunkt der Stimmabgabe durch besonderen Nachweis der Depotbank gemäß § 14(3)(i) dieser Bedingungen und die Vorlage eines Sperrvermerks der Depotbank, der für den Abstimmungszeitraum gilt, nachzuweisen.
- (5) *Gemeinsamer Vertreter.* Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter (der "**Gemeinsame Vertreter**") für alle Gläubiger bestellen oder diesen abberufen, die Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Vertreters festlegen, Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen auf den Gemeinsamen

Vertreter übertragen und die Beschränkung der Haftung des Gemeinsamen Vertreters bestimmen. Die Bestellung eines Gemeinsamen Vertreters bedarf einer Qualifizierten Mehrheit (siehe vorstehenden Absatz (2)), wenn er ermächtigt wird, wesentlichen Änderungen der Bedingungen zuzustimmen.

§ 14

ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

- (1) *Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger der Schuldverschreibungen und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Klagen und sonstige Verfahren ("**Rechtsstreit**") ist Frankfurt am Main.
- (3) *Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen:
 - (i) indem er eine Bescheinigung der Depotbank beibringt, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche
 - (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers der Schuldverschreibungen enthält,
 - (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die zum Datum der Bescheinigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind, und
 - (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem maßgeblichen Clearing System eine schriftliche Erklärung bezüglich der Absicht des Gläubigers der Schuldverschreibungen, seine Ansprüche unmittelbar geltend zu machen, abgegeben hat, (A) die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält, (B) deren Empfang vom Clearing System bestätigt wurde, und (C) die vom Clearing System an die Depotbank zurückgeschickt wurde, und
 - (ii) indem er eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde beibringt, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre.

Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die in dem Land, in dem der Rechtsstreit geführt wird, prozessual zulässig ist.

§ 15
SPRACHE

Diese Bedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

This Series of Notes (the "**Securities**") is issued pursuant to an Agency Agreement dated 21 June 2019 (as such agreement may be amended and/or supplemented and/or restated from time to time, the "**Agency Agreement**") between, *inter alia*, Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Issuer and Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Fiscal Agent and the other parties named therein. Copies of the Agency Agreement may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent, at the specified office of any Paying Agent and at the head office of the Issuer.

§ 1

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

- (1) *Currency and Denomination.* This Series of Securities is issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "**Issuer**") in Euro ("**EUR**" or the "**Specified Currency**") in the aggregate principal amount of EUR 500,000,000 (in words: five hundred million Euro) in a denomination of EUR 1,000 (the "**Specified Denomination**").
- (2) *Form.* The Securities are being issued in bearer form.
- (3) *Temporary Global Security – Exchange.*
 - (a) The Securities are initially represented by a temporary global security (the "**Temporary Global Security**") without coupons or receipts. The Temporary Global Security will be exchangeable for a permanent global security (the "**Permanent Global Security**", and together with the Temporary Global Security, the "**Global Securities**" and each a "**Global Security**") without interest coupons or receipts. The Temporary Global Security and the Permanent Global Security shall be signed by or on behalf of the Issuer and shall be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent with a control signature. Definitive securities and interest coupons will not be issued.
 - (b) The Temporary Global Security shall be exchanged for the Permanent Global Security on a date (the "**Exchange Date**") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Security. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Security. Such exchange shall only be made to the extent that certifications have been delivered to the effect that the beneficial owner or owners of the Securities represented by the Temporary Global Security is not a U.S. person or are not U.S. persons (other than certain financial institutions or certain persons holding Securities through such financial institutions). Payments of interest on Securities represented by a Temporary Global Security will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Security will be treated as a request to exchange such Temporary Global Security pursuant to this sub-paragraph (b) of this paragraph (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Security shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4(3)).
- (4) *Clearing System.* Each Global Security will be kept in custody by or on behalf of a Clearing System until, in case of the Permanent Global Security, all obligations of the Issuer under the Securities have been satisfied. "**Clearing System**" means the following: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Germany ("**CBF**") and any successor in such capacity.
- (5) *Securityholder.* "**Securityholder**" means, in respect of Securities deposited with any Clearing System or other central securities depository, any holder of a proportionate co-ownership interest or another comparable right in the Securities so deposited.
- (6) *References.* References in these Conditions to the "Securities" include (unless the context otherwise requires) references to any global security representing the Securities. References herein to "Terms and Conditions" or "Conditions" shall be references to these Terms and Conditions of the Securities.

§ 2 STATUS

- (1) The Securities are intended to qualify as eligible liabilities for the minimum requirement for own funds and eligible liabilities of the Issuer.
- (2) The obligations under the Securities constitute unsecured and unsubordinated preferred obligations of the Issuer ranking *pari passu* among themselves and with other unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, subject, however, to statutory priorities conferred to certain unsecured and unsubordinated obligations in the event of resolution measures being imposed on the Issuer or in the event of the dissolution, liquidation, insolvency, composition or other proceedings for the avoidance of insolvency of, or against, the Issuer. Pursuant to § 46f(5) of the German Banking Act (Kreditwesengesetz, "**KWG**"), the obligations under the Securities rank in priority of those under debt instruments of the Issuer within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision.
- (3) In accordance with §10(5) KWG, no Securityholder may set off its claims arising under the Securities against any claims of the Issuer. No collateral or guarantee shall be provided at any time to secure claims of the Securityholders under the Securities; any collateral or guarantee already provided or granted in the future in connection with other liabilities of the Issuer may not be used for claims under the Securities.
- (4) No subsequent agreement may enhance the seniority of the obligations pursuant to § 2(2) or shorten the term of the Securities or any applicable notice period. Any redemption, repurchase or termination of the Securities prior to their scheduled maturity is subject to the prior approval of the competent authority, if legally required. If the Securities are redeemed or repurchased otherwise than (i) in the circumstances described in § 2(2) or (ii) as a result of a redemption or repurchase as set forth in the Conditions, then the amounts paid must be returned to the Issuer irrespective of any agreement to the contrary.

§ 3 INTEREST

- (1) *Determination of Interest and Interest Periods.* Each Security bears interest from (and including) 10 June 2020 (the "**Interest Commencement Date**") to, but excluding, 10 June 2025 (the "**Interest Rate Change Date**") at the Rate of Interest I. Each Security bears interest from (and including) the Interest Rate Change Date at the Rate of Interest II.

"**Rate of Interest I**" means 1.375 per cent. *per annum*

"**Rate of Interest II**" means the Reference Rate plus 1.67 per cent. *per annum*.

The rate of interest (the "**Rate of Interest**") for each Interest Period shall be the relevant Rate of Interest I or Rate of Interest II, as applicable, for such Interest Period.

Interest will accrue in respect of each Rate of Interest I Period and each Rate of Interest II Period and each such period will be an Interest Period.

"**Rate of Interest I Period**" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date to (but excluding) the Interest Rate Change Date.

"Rate of Interest II Period" means the period from (and including) the Interest Rate Change Date to (but excluding) the first following Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date. If there is no numerically corresponding day in the calendar month in which an Interest Payment Date should occur or if any Interest Payment Date would otherwise fall on a day which is not a Business Day, then, such Interest Payment Date shall be postponed to the next day which is a Business Day unless it would thereby fall into the next calendar month, in which event such Interest Payment Date shall be brought forward to the immediately preceding Business Day (Modified Following Business Day Convention).

(2) *Interest Payment Dates.* Interest will be payable in arrear on 10 June 2021, 10 June 2022, 10 June 2023, 10 June 2024, 10 June 2025, 10 September 2025, 10 December 2025, 10 March 2026 and 10 June 2026 (each such date, an **"Interest Payment Date"**).

(3) *Accrual of Interest.* The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem the Securities when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of the Securities from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and does not preclude claims for damages if these are higher).

(4) *Interest Amount.*

(a) The amount of interest payable on each Interest Payment Date in respect of a Rate of Interest I Period will amount in respect of the aggregate outstanding principal amount of the Securities to an amount calculated by applying the Rate of Interest I and the Day Count Fraction I (as defined below) to the aggregate outstanding principal amount of the Securities represented by the Global Security and rounding the resultant figure to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards or otherwise in accordance with applicable market convention.

"Day Count Fraction I" means, in respect of a Rate of Interest I Period: the actual number of days in the Accrual Period divided by the actual number of days in the respective Interest Period.

(b) The amount of interest payable on each Interest Payment Date in respect of a Rate of Interest II Period will amount in respect of the aggregate outstanding principal amount of the Securities to an amount calculated by applying the Rate of Interest II and the Day Count Fraction II (as defined below) to the aggregate outstanding principal amount of the Securities represented by the Global Security and rounding the resultant figure to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards or otherwise in accordance with applicable market convention.

"Day Count Fraction II" means, in respect of a Rate of Interest II Period the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

(5) *Calculations and Determinations.* Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.

(6) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest and each Interest Amount for each Interest Period to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 and if required by the rules of any stock exchange on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange,

as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any relevant Clearing System, any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12.

- (7) **Determinations Binding.** All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent, any Independent Adviser or the Issuer shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) **Rate Replacement.** If the Issuer determines that a Rate Replacement Event has occurred in respect of a Floating Rate on or prior to an Interest Determination Day (the "**Relevant Interest Determination Day**"), the Relevant Determining Party shall, provided that it confirms the occurrence of such Rate Replacement Event to the Issuer (where the Relevant Determining Party is not the Issuer), determine in its reasonable discretion (i) a Replacement Rate for the relevant Floating Rate and (ii) Replacement Rate Adjustments and promptly inform the Issuer and the Calculation Agent (in each case if not the Relevant Determining Party) of its determinations.

The Replacement Rate (if any) so determined, subject to the application of the Adjustment Spread as set out herein, shall replace the relevant Floating Rate and the Conditions shall be furthermore modified by the Replacement Rate Adjustments so determined for the purposes of determining the Rate of Interest in each case for the Interest Period related to the Interest Determination Day falling on or, if none, immediately following the Replacement Rate Determination Date and each Interest Period thereafter (subject to the subsequent occurrence of a Rate Replacement Event in respect of the Replacement Rate). The Issuer shall give notice to the Securityholders in accordance with § 12 of the Replacement Rate and the Replacement Rate Adjustments as soon as practicable after the Replacement Rate Determination Date and shall request the Clearing System to attach the documents submitted to the Global Note in an appropriate manner to reflect the modification of the Conditions.

If a Replacement Rate, any necessary Adjustment Spread and all other relevant Replacement Rate Adjustments are not determined in accordance with the foregoing, the Issuer may, on giving at least 15 Business Days notice to the Securityholders in accordance with § 12 up until (but excluding) the Interest Determination Day immediately following the Relevant Interest Determination Day or, if any such date would fall prior to the fifth anniversary of the Issue Date, on the first Interest Determination Day falling on or after such fifth anniversary, redeem all but not some only of the Securities at the Early Redemption Amount together with interest accrued to (but excluding) the date of redemption. If the Securities are not redeemed in accordance with the foregoing, the provisions of this § 3 (8) shall apply again in respect of such immediately following Interest Determination Day.

- (9) **Definitions.** For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"Business Day" means a day (other than Saturday or Sunday) on which the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System is open.

"Adjustment Spread" means a spread (which may be positive or negative), or the formula or methodology for calculating a spread, which the Relevant Determining Party determines is required to be applied to the relevant Replacement Rate to reduce or eliminate, to the extent reasonably practicable, any transfer of economic value between the Issuer and the Securityholders that would otherwise arise as a result of the replacement of the relevant Floating Rate with the Replacement Rate.

"Designated Maturity" means 3 months.

"Independent Adviser" means an independent financial institution of international repute or an independent adviser otherwise of recognised standing and with appropriate expertise.

"Interest Determination Day" means the second TARGET2 Business Day prior to the commencement of the relevant Interest Period.

"Rate Replacement Event" means, with respect to a Floating Rate:

- (a) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that it has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate;
- (b) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that a material change in the methodology of calculating the Floating Rate has occurred or will within a specified period occur, provided that, where applicable, such period of time has lapsed;
- (c) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Floating Rate, the central bank for the Relevant Rate Currency, an insolvency official with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate, a resolution authority with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate or a court or an entity with similar insolvency or resolution authority over the administrator for the Floating Rate, which states that the administrator of the Floating Rate has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate; or
- (d) a notice by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 that it is no longer permitted under applicable laws, regulations or supervisory requirements to use the Floating Rate in the performance of its obligations under the Securities (including, without limitation, under the EU Benchmark Regulation (Regulation (EU) 2016/1011), as amended from time to time, if applicable).

"Reference Rate" means

the rate (expressed as a percentage rate per annum) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (Brussels time) (3-months EURIBOR) (the **"Floating Rate"**) on the Interest Determination Day or, if the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Floating Rate applied in respect of the last preceding Interest Determination Day.

"Relevant Determining Party" means, with respect to confirming the occurrence of a Rate Replacement Event (as applicable) and determining a Replacement Rate and relevant Replacement Rate Adjustments, the Calculation Agent or an Independent Adviser, which in either case the Issuer appoints as its agent after a Rate Replacement Event has been determined to make such determinations; provided that if, using reasonable endeavours, neither the Calculation Agent nor, failing which, an Independent Adviser can be so appointed on commercially reasonable terms, the Relevant Determining Party will be the Issuer; and provided further that if the Issuer has appointed an Independent Adviser to determine an equivalent rate to the Replacement Rate and equivalent adjustments to the Replacement Rate Adjustments for any other securities of the Issuer and the Issuer determines in its reasonable discretion such determinations would be appropriate to apply as the Replacement Rate and Replacement Rate Adjustments under the Securities, the Issuer may elect to be the Relevant Determining Party.

"Relevant Guidance" means (i) any legal or supervisory requirement applicable to the Securities or the Issuer or, if none, (ii) any applicable requirement, recommendation or guidance of a Relevant

Nominating Body or, if none, (iii) any relevant recommendation or guidance by industry bodies (including by the International Swaps and Derivatives Association, Inc.) or, if none, (iv) any relevant market practice.

"Relevant Nominating Body" means, in respect of a Floating Rate:

- (a) the central bank for the Relevant Rate Currency, or any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate; or
- (b) any working group or committee officially endorsed, sponsored or convened by or chaired or co-chaired by (i) the central bank for the Relevant Rate Currency, (ii) any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate, (iii) a group of the aforementioned central banks or other supervisors or (iv) the Financial Stability Board or any part thereof.

"Relevant Rate Currency" means the currency to which the relevant Floating Rate relates.

"Replacement Rate" means, in respect of a Floating Rate, a substitute, alternative, or successor rate (which may be, without limitation, the Floating Rate following a material change in its methodology of calculation), which in its function in the international capital markets constitutes an appropriate replacement for the Floating Rate. In determining a Replacement Rate the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Adjustments" means (a) such adjustments to the Conditions as the Relevant Determining Party determines in its reasonable discretion appropriate to reflect the operation of the relevant Replacement Rate (which may include, without limitation, adjustments to the applicable Business Day Convention, the definition of Business Day, the Interest Determination Day (to any day before, during or after the Interest Period), the Day Count Fraction, any methodology or definition for obtaining or calculating the Replacement Rate) and (b) any Adjustment Spread to apply to the relevant Replacement Rate. In determining any Replacement Rate Adjustments the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Determination Date" means the first day as of which both the relevant Replacement Rate and any relevant Replacement Rate Adjustments have been determined by the Relevant Determining Party.

"Screen Page" means Reuters screen EURIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as information vendor for the purposes of displaying the relevant rate.

"TARGET2 Business Day" means a day on which the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System is open.

§ 4 PAYMENTS

- (1) (a) *Payment of Principal.* Payment of principal in respect of the Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in case of partial payment) surrender of the Global Security representing the Securities at the time of payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.
- (b) *Payment of Interest.* Payment of interest on Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System.

Payment of interest on Securities represented by the Temporary Global Security shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1(3)(b).

- (2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Securities shall be made in Euro.
- (3) *United States.* "**United States**" means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and Northern Mariana Islands).
- (4) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System in respect of the amount so paid.
- (5) *Payment Business Day.* If the date for payment of any amount in respect of any Security is not a Payment Business Day then the Securityholder shall not be entitled to payment until the next following Payment Business Day and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

For these purposes, "**Payment Business Day**" means any day (other than Saturday or Sunday) on which the Clearing System and the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System are open and settle payments.

- (6) *References to Principal and Interest.* References in these Conditions to principal in respect of the Securities shall be deemed to include, as applicable: the Redemption Amount, the Early Redemption Amount, the Call Redemption Amount and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Securities.
- (7) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the local court (*Amtsgericht*) in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Securityholders within twelve months after the relevant due date, even though such Securityholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Securityholders against the Issuer shall cease.

**§ 5
REDEMPTION**

- (1) *Redemption at Maturity.* Unless previously redeemed, or repurchased and cancelled, each Security shall be redeemed at its principal amount (the **Redemption Amount** on 10 June 2026 (the "**Maturity Date**").
- (2) *Early Redemption at the Option of the Issuer.*

- (a) The Issuer may, upon notice given in accordance with sub-paragraph (b), redeem all or some only of the Securities then outstanding on the Call Redemption Dates at the Call Redemption Amounts set forth below together with accrued interest, if any, to (but excluding) the relevant Call Redemption Date.

Call Redemption Dates

Call Redemption Amounts

10 June 2025

an amount equal to the Redemption Amount.

Exercise of such option of the Issuer shall be subject to the prior approval of the competent authority, if legally required.

- (b) Notice of redemption shall be given by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12. Such notice shall specify:
- (i) name and securities identification numbers of the Securities;
 - (ii) whether all or some only of the Securities are to be redeemed and, if in part only, the aggregate principal amount of the Securities which are to be redeemed;
 - (iii) the Call Redemption Date, which shall not be less than five Business Days nor more than 60 days after the date on which notice is given by the Issuer to the Securityholders; and
 - (iv) the Call Redemption Amount at which such Securities are to be redeemed.
- (c) In case of a partial redemption of Securities, Securities to be redeemed shall be selected not more than 30 days prior to the Call Redemption Date (such date the "**Selection Date**") in accordance with the rules of the relevant Clearing System to be reflected in the records of such Clearing System as either a pool factor or a reduction in principal amount, at its discretion.

- (3) *Early Redemption Amount.* The early redemption amount of a Security (the "**Early Redemption Amount**") shall be equal to the Redemption Amount.

**§ 6
AGENTS**

- (1) *Appointment.* The Fiscal Agent and the Paying Agent (the "**Agents**" and each an "**Agent**") and their respective offices are:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Trust & Securities Services
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
Germany

(the "**Fiscal Agent**")

Paying Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Trust & Securities Services
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
Germany

(the "**Paying Agent**")

The Fiscal Agent shall also act as Calculation Agent (the "**Calculation Agent**").

Each Agent reserves the right at any time to change its respective offices to some other offices.

- (2) *Variation or Termination of Appointment.* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent and to appoint another fiscal agent or another or additional paying agents. The Issuer shall at all times maintain (a) a fiscal agent, and (b) so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange, a paying agent (which may be the Fiscal Agent) with an office in such place as may be required by the rules of such stock exchange (or any other relevant authority). Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Securityholders in accordance with § 12.
- (3) *Agents of the Issuer.* Each Agent acts solely as agent of the Issuer and does not have any obligations towards, or relationship of agency or trust with any Securityholder.

§ 7 TAXATION

All amounts payable in respect of the Securities shall be made with such deduction or withholding for or on account of any present or future taxes, duties or governmental charges of any nature whatsoever imposed or levied by way of deduction or withholding, if such deduction or withholding is required by law (including pursuant to Sections 1471 through 1474 of the U.S. Internal Revenue Code of 1986 (the "**Code**"), any regulations or agreements thereunder, including any agreement pursuant to Section 1471(b) of the Code, or official interpretations thereof ("**FATCA**") or pursuant to any law implementing an intergovernmental approach to FATCA).

With respect to Securities that provide for net dividend reinvestment in respect of either an underlying U.S. security (i.e., a security that pays U.S. source dividends) or an index that includes U.S. securities, all payments on the Securities that reference such U.S. securities or an index that includes U.S. securities may be calculated by reference to dividends on such U.S. securities that are reinvested at a rate that takes into account any U.S. withholding taxes applicable to such dividends under Section 871(m) of the Code. The Issuer will not pay any additional amounts to the Holder on account of any such withholding taxes under Section 871(m).

§ 8 PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in § 801(1), sentence 1 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) is reduced to ten years for the Securities.

§ 9
RESOLUTION MEASURES

- (1) Under the relevant resolution laws and regulations as applicable to the Issuer from time to time, the Securities may be subject to the powers exercised by the competent resolution authority to:
- (a) write down, including write down to zero, the claims for payment of the principal amount, the interest amount or any other amount in respect of the Securities;
 - (b) convert these claims into ordinary shares of (i) the Issuer or (ii) any group entity or (iii) any bridge bank or other instruments of ownership qualifying as common equity tier 1 capital (and issue or confer on the Securityholders such instruments); and/or
 - (c) apply any other resolution measure, including, but not limited to, (i) any transfer of the Securities to another entity, (ii) the amendment, modification or variation of the Terms and Conditions or (iii) the cancellation of the Securities,
- (each, a "**Resolution Measure**").
- (2) The Securityholders shall be bound by any Resolution Measure. No Securityholder shall have any claim or other right against the Issuer arising out of any Resolution Measure. In particular, the exercise of any Resolution Measure shall not constitute an event of default.
- (3) By its acquisition of the Securities, each Securityholder acknowledges and accepts the measures and effects according to the preceding paragraphs and that this § 12 is exhaustive on the matters described herein to the exclusion of any other agreements, arrangements or understandings between the Securityholder and the Issuer relating to the subject matter of these Terms and Conditions.

§ 10
SUBSTITUTION OF THE ISSUER

- (1) *Substitution.* The Issuer (or any previously substituted company) may, without the consent of the Securityholders, if no payment of principal or of interest on any of the Securities is in default, at any time substitute for the Issuer any other company as principal debtor in respect of all obligations arising from or in connection with the Securities (the "**Substitute Debtor**") provided that:
- (a) the Substitute Debtor assumes all payment obligations arising from or in connection with the Securities;
 - (b) the Substitute Debtor has obtained all necessary authorisations and may transfer to the Fiscal Agent in the currency required hereunder all amounts required for the fulfilment of the payment or delivery obligations arising under the Securities;
 - (c) the Issuer irrevocably and unconditionally guarantees on a subordinated basis in favour of each Securityholder the payment of all sums payable by the Substitute Debtor in respect of the Securities and claims under the guarantee have the same rank as claims under the Securities;
 - (d) the applicability of Resolution Measures described in § 8 is ensured; and
 - (e) the substitution has been approved by the competent authority, if legally required.

The Issuer shall have the right upon giving notice to the Securityholders in accordance with § 12 to change the office (*Niederlassung*) through which it is acting for the purpose of the Securities, the date of such change to be specified in such notice provided that no change can take place prior to the giving of such notice.

- (2) *Notice.* Notice of any such substitution shall be given in accordance with § 12.
- (3) *Change of References.* In the event of any such substitution, any reference in these Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor.

§ 11

FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

- (1) *Further Issues.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Securityholders, issue further securities having the same terms as the Securities in all respects (or in all respects except for the issue date, the amount and the date of the first payment of interest thereon and/or the date from which interest starts to accrue) so as to form a single Series with the outstanding Securities.
- (2) *Repurchases and Cancellation.* The Issuer may repurchase Securities in the open market or otherwise and at any price subject to the prior approval of the competent authority, if legally required. Securities repurchased by the Issuer may, at the option of the Issuer, be held, resold or surrendered to the Fiscal Agent for cancellation.

§ 12

NOTICES

- (1) *Publication.* Subject as provided in paragraph (2) below, all notices concerning the Securities shall be published in the German Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). Any notice so given will be deemed to have been validly given on the third day following the day of its publication (or, if published more than once, on the third day following the day of the first such publication).

If and for so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange and the rules of the Luxembourg Stock Exchange so require, all notices concerning the Securities shall also be published in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu).

- (2) *Notification to Clearing System.* The Issuer may deliver all notices concerning the Securities to the Clearing System for communication by the Clearing System to the Securityholders. Such notification to the Clearing System will substitute the publication pursuant to paragraph (1) above, provided that a publication of notices pursuant to paragraph (1) above is not required by law (including by applicable stock exchange rules). Any such notice shall be deemed to have been given to the Securityholders on the seventh day after the said notice was given to the relevant Clearing System.

§ 13

MEETINGS OF SECURITYHOLDERS

- (1) *Matters Subject to Resolutions.* The Securityholders may, subject to the prior approval of the competent authority, if legally required, agree in accordance with the German Bond Act (*Schuldverschreibungsgesetz*) by majority resolution to amend the Conditions, to appoint a joint representative of all Securityholders and on all other matters permitted by law.
- (2) *Majority Requirements for Amendments of the Conditions.* Resolutions relating to material amendments of the Conditions, in particular consents to the measures set out in § 5(3) of the German Bond Act, shall be passed by a majority of not less than 75 per cent. of the votes cast (Qualified Majority). Resolutions relating to amendments of the Conditions which are not material, require a simple majority of not less than 50 per cent. of the votes cast. Each Securityholder participating in any vote shall cast votes in accordance with the principal amount or the notional share of its entitlement to the outstanding Securities.

- (3) *Passing of Resolutions.* Securityholders shall pass resolutions by vote taken without a physical meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*) in accordance with § 18 of the German Bond Act.
- (4) *Proof of Eligibility.* Securityholders must demonstrate their eligibility to participate in the vote at the time of voting by means of a special confirmation of the Custodian in accordance with § 14(3)(i) of these Conditions and by submission of a blocking instruction by the Custodian which shall apply for the voting period.
- (5) *Joint Representative.* The Securityholders may by majority resolution provide for the appointment or dismissal of a joint representative (the "**Joint Representative**"), the duties and responsibilities and the powers of such Joint Representative, the transfer of the rights of the Securityholders to the Joint Representative and a limitation of liability of the Joint Representative. Appointment of a Joint Representative may only be passed by a Qualified Majority (see paragraph (2) above) if such Joint Representative is to be authorised to consent to a material change affecting the substance of the Conditions.

§ 14

GOVERNING LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

- (1) *Governing Law.* The Securities, as to form and content, and all rights and obligations of the Securityholders and the Issuer, shall be governed by German law.
- (2) *Place of Jurisdiction.* The non-exclusive place of jurisdiction for any action or other legal proceedings ("**Proceedings**") shall be Frankfurt am Main.
- (3) *Enforcement.* Any Securityholder may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Securityholder and the Issuer are parties, protect and enforce in its own name its rights arising under such Securities on the basis of
 - (i) a statement issued by the Custodian with whom such Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities
 - (a) stating the full name and address of the Securityholder,
 - (b) specifying the aggregate principal amount of Securities credited to such securities account on the date of such statement, and
 - (c) confirming that the Custodian has given written notice to the relevant Clearing System of the intention of the Securityholder to enforce claims directly which (A) contains the information pursuant to (a) and (b), (B) has been acknowledged by the Clearing System, and (C) has been returned by the Clearing System to the Custodian, and
 - (ii) a copy of the Security in global form representing the Securities certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the Security in global form representing the Securities.

For purposes of the foregoing, "**Custodian**" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities and includes the Clearing System. Each Securityholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce its rights under these Securities also in any other way which is admitted in the country of the Proceedings.

§ 15
LANGUAGE

These Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

Part II: Additional Information

Teil II: Zusätzliche Angaben

**1. ADMISSION TO TRADING AND DEALING ARRANGEMENTS
ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSVEREINBARUNGEN**

Admission to trading	Yes, application will be made by the Issuer (or on its behalf) for the Securities to be admitted to trading on the exchange and/or market set out below. No assurance can be given that such admission to trading will be obtained.
<i>Zulassung zum Handel</i>	<i>Ja, ein Antrag auf Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel an der unten genannten Börse und/oder am unten genannten Markt wird von der Emittentin (oder in ihrem Namen) gestellt werden. Es kann nicht zugesichert werden, dass eine solche Zulassung zum Handel tatsächlich erfolgt.</i>
	Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange (LGX segment) <i>Geregelter Markt der Luxemburger Börse (LGX Segment)</i>
<i>Expected date of admission</i>	10 June 2020
<i>Erwarteter Termin der Zulassung</i>	10. Juni 2020
Estimate of the total expenses related to admission to trading	EUR 3600
<i>Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel</i>	<i>EUR 3600</i>
Regulated markets or equivalent markets on which, to the knowledge of the Issuer, securities of the same class as the Securities to be offered or admitted to trading are already admitted to trading.	Not applicable
<i>Angabe geregelter oder gleichwertiger Märkte, an denen nach Kenntnis der Emittentin Schuldverschreibungen der gleichen Wertpapiergattung, die angeboten oder zum Handel zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind.</i>	<i>Nicht anwendbar</i>
Name[s] and address[es] of the [entity] [entities] which [has] [have] a firm commitment to act as [intermediary] [intermediaries] in secondary trading, providing liquidity through bid and offer rates and description of the main terms of [its] [their] commitment	Not applicable
<i>Name[n] und Anschrift[en] [des Instituts, das] [der Institute, die] aufgrund einer festen Zusage als Intermediär[e] im Sekundärhandel tätig [ist] [sind] und Liquidität mittels Geld- und Briefkursen [erwirtschaftet] [erwirtschaften], und Beschreibung der wesentlichen Bedingungen [seiner] [ihrer] Zusage.</i>	<i>Nicht anwendbar</i>

2. RATINGS RATINGS

The Securities are expected to be rated by Moody's Investors Service, Inc. ("**Moody's**"), S&P Global Ratings Europe Limited ("**S&P**") and Fitch Ratings Limited ("**Fitch**") as follows:

Moody's:	A3
S&P:	BBB+
Fitch:	BBB+

S&P and Fitch are established in the European Union and have been registered in accordance with the CRA Regulation. With respect to Moody's, the credit ratings are endorsed by Moody's office in the UK ("**Moody's Investors Service Ltd.**") in accordance with Article 4(3) of the CRA Regulation. "**CRA Regulation**" means Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009, as amended, on credit rating agencies.

S&P, Fitch and Moody's Investors Services Ltd. are included as credit rating agencies in the list of credit rating agencies published by the European Securities and Markets Authority on its website in accordance with the CRA Regulation.

*Die zu begebenden Schuldverschreibungen werden voraussichtlich von Moody's Investors Service, Inc. ("**Moody's**"), S&P Global Ratings Europe Limited ("**S&P**") und Fitch Ratings Limited ("**Fitch**") wie folgt gerated:*

Moody's:	A3
S&P:	BBB+
Fitch:	BBB+

*S&P und Fitch sind in der Europäischen Union ansässig und sind gemäß der Ratingverordnung registriert. In Bezug auf Moody's werden die Ratings von der Geschäftsstelle von Moody's im Vereinigten Königreich ("**Moody's Investors Services Ltd.**") gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Ratingverordnung übernommen. "**Ratingverordnung**" bezeichnet die Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung.*

S&P, Fitch und Moody's Investors Services Ltd. sind als Ratingagenturen im Verzeichnis der Ratingagenturen aufgeführt, das die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde nach Maßgabe der Ratingverordnung auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

**3. INTERESTS OF NATURAL AND LEGAL PERSONS INVOLVED IN THE ISSUE/OFFER
 INTERESSEN VON AN DER EMISSION/DEM ANGEBOT BETEILIGTEN NATÜRLICHEN UND JURISTISCHEN PERSONEN**

Save for the fees payable to the Management Group, so far as the Issuer is aware, no person involved in the issue or offering of the Securities has an interest material to the issue or the offering.

Mit Ausnahme der an das Bankenkonsortium zu zahlenden Gebühren haben die an der Emission bzw. dem Angebot der Schuldverschreibungen beteiligten Personen – soweit die Emittentin hiervon Kenntnis hat – kein wesentliches Interesse an der Emission bzw. dem Angebot.

**4. REASONS FOR THE OFFER, ESTIMATED NET PROCEEDS AND ESTIMATED TOTAL EXPENSES
 GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT, GESCHÄTZTER NETTOERLÖS UND GESCHÄTZTE GESAMTKOSTEN**

Reasons for the offer

Refinancing of “green” assets according to the Issuer’s Green Bond Framework, dated 1 April 2020.

Gründe für das Angebot

Refinanzierung „grüner“ Vermögenswerte in Übereinstimmung mit dem Rahmenwerk für Grüne Anleihen der Emittentin vom 1 April 2020.

Estimated net proceeds

EUR 499,690,000 (exclusive of any costs and commissions relating to the issuance)

Geschätzter Nettoerlös

EUR 499.690.000 (exklusive der Kosten und Provisionen in Verbindung mit der Emission)

Estimated total expenses of the issue

EUR 12,000

Geschätzte Gesamtkosten der Emission

EUR 12.000

**5. YIELD
 RENDITE**

Indication of yield

Not applicable

Angabe der Rendite

Nicht anwendbar

**6. INFORMATION ON THE UNDERLYING
INFORMATIONEN ÜBER DEN
BASISWERT**

DESCRIPTION OF UNDERLYING
INTEREST RATE

*BESCHREIBUNG DES
ZUGRUNDELIEGENDEN ZINSSATZES*

The reference rate is 3-months EURIBOR for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity which appears on the Screen Page Reuters EURIBOR01 as of 11:00 a.m. (Brussels time) expressed as a percentage rate per annum. Details relating to the past and future performance of the 3 months EURIBOR and the volatility of the 3 months EURIBOR can be obtained from the screen page Reuters EURIBOR01.

Der Referenzsatz 3-Monats EURIBOR für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit, der um 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite EURIBOR01 ausgedrückt als Prozentsatz per annum angezeigt wird. Einzelheiten hinsichtlich der Entwicklung des 3-Monats- EURIBOR in der Vergangenheit und in der Zukunft und der Volatilität des 3-Monats-EURIBOR können auf der Bildschirmseite Reuters EURIBOR01 abgerufen werden.

**7. TERMS AND CONDITIONS OF THE OFFER
KONDITIONEN DES ANGEBOTS**

Total amount of the issue/offer; if the amount is not fixed, description of the arrangements and time for announcing to the public the definitive amount of the offer

EUR 500,000,000

Gesamtsumme der Emission/des Angebots. Wenn die Summe nicht feststeht, Beschreibung der Regelungen und des Zeitpunkts für die öffentliche Bekanntmachung des endgültigen Angebotsbetrags

EUR 500.000.000

Offer Period

From (and including) 8 June 2020 to (and including) 10 June 2020. The Issuer reserves the right for any reason to shorten or extend the offer period.

Angebotszeitraum

Vom 8 Juni 2020 (einschließlich) bis zum 10. Juni 2020 (einschließlich). Die Emittentin behält sich das Recht vor, den Angebotszeitraum, gleich aus welchem Grund, zu verkürzen oder zu verlängern.

Offer Jurisdictions

Germany, Luxembourg, Austria, the Netherlands, the United Kingdom Great Britain and Northern Ireland, Ireland

Angebotsjurisdiktionen

Deutschland, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Irland

Cancellation of the issue of Securities

The Issuer reserves the right for any reason to cancel the issuance of the Securities.

Stornierung der Emission der Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Emission der Schuldverschreibungen, gleich aus welchem Grund, zu stornieren.

Offer Price	The Issuer has offered the Securities to the Lead Managers at the initial issue price of 99.938 per cent. of the aggregate principal amount of the Securities. A Total Commission of 0.25 per cent of the aggregate principal amount of the Securities will be paid by the Issuer to the Lead Managers separately.
<i>Angebotspreis</i>	<i>Die Emittentin hat den Lead Managern die Schuldverschreibungen zu einem anfänglichen Ausgabepreis von 99,938% des Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen angeboten. Eine Gesamtprovision in Höhe von 0,25% des Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen wird von der Emittentin separat an die Lead Manager gezahlt.</i>
Conditions to which the offer is subject <i>Bedingungen, denen das Angebot unterliegt</i>	None <i>Keine</i>
The time period, including any possible amendments, during which the offer will be open	From (and including) 8 June 2020 to (and including) 10 June 2020. The Securities will be fully underwritten by the Lead Managers and offered to potential investors. A primary allotment will be made in accordance with the following procedure: Allotment at the Issuer's discretion.
<i>Der Zeitraum (einschließlich etwaiger Anpassungen), in dem das Angebot gilt</i>	<i>Vom 8. Juni 2020 (einschließlich) bis zum 10. Juni 2020 (einschließlich).</i> <i>Die Schuldverschreibungen werden von den Lead Managern vollständig übernommen und potentiellen Investoren zum Kauf angeboten. Eine erstmalige Zuteilung erfolgt nach dem folgenden Zeichnungsverfahren: Zuteilung nach Ermessen der Emittentin.</i>
Details of the minimum and/or maximum amount of application <i>Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Description of possibility to reduce subscriptions and manner for refunding excess amount paid by applicants <i>Beschreibung der Möglichkeit, die Zeichnungen zu reduzieren, und der Art und Weise der Rückerstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Zeichner</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Details of the method and time limits for paying up and delivering the Securities	Investors will be notified of their allocations of Securities and the settlement arrangements in respect thereof. The Securities will be issued on the Issue Date against payment to the Issuer of the net subscription price.

<i>Einzelheiten zu der Methode und den Fristen für die Bedienung und Lieferung der Schuldverschreibungen</i>	<i>Anleger werden über ihre Zuteilung der Schuldverschreibungen und das diesbezügliche Abwicklungsverfahren informiert. Die Schuldverschreibungen werden am Emissionstag gegen Zahlung des Nettozeichnungspreises an die Emittentin begeben.</i>
Manner and date in which results of the offer are to be made public <i>Art und Weise und Termin, in der bzw. an dem Ergebnisse des Angebots zu veröffentlichen sind</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Procedure for exercise of any right of pre-emption, negotiability of subscription rights and treatment of subscription rights not exercised <i>Verfahren bezüglich der Ausübung etwaiger Vorkaufsrechte, Marktfähigkeit der Zeichnungsrechte und Behandlung der nicht ausgeübten Zeichnungsrechte</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Further Notifications <i>Weitere Notifizierungen</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Process for notification to applicants of the amount allotted and indication whether dealing may begin before notification is made <i>Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags und Angabe, ob der Handel vor einer solchen Meldung aufgenommen werden kann</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Amount of any expenses and taxes specifically charged to the subscriber or purchaser <i>Betrag der Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden</i>	The Issuer will not charge expenses or taxes to the subscriber or purchaser. <i>Die Emittentin wird dem Zeichner oder Käufer keine Kosten oder Steuern in Rechnung stellen</i>

**8. DISTRIBUTION
VERTRIEB**

Method of distribution <i>Vertriebsmethode</i>	Syndicated <i>Syndiziert</i>
	The Securities will be offered by the Lead Managers and the Issuer. <i>Die Schuldverschreibungen werden von den Lead Managern und der Emittentin angeboten.</i>
If non-syndicated, name and address of Dealer <i>Wenn nicht-syndiziert, Name und Adresse des Platzeurs</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>

Management details including form of commitment	<p>The Management Group consists of the following Lead Managers (each a "Lead Manager"):</p> <p>Deutsche Bank Aktiengesellschaft ABN Amro Bank N.V. Crédit Agricole Corporate and Investment Bank ING Bank N.V. Nomura International plc Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ)</p>
<i>Einzelheiten bezüglich des Bankenkonsortiums einschließlich der Art der Übernahme</i>	<p><i>Das Bankenkonsortium besteht aus den folgenden Lead Managern (jeder ein "Lead Manager"):</i></p> <p><i>Deutsche Bank Aktiengesellschaft ABN Amro Bank N.V. Crédit Agricole Corporate and Investment Bank ING Bank N.V. Nomura International plc Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ)</i></p> <p>Firm commitment <i>Verbindliche Zusage</i></p>
Underwriting quotas (material features)	<p>The underwriting commitments of the Lead Managers are as follows:</p> <p>Deutsche Bank Aktiengesellschaft (25%, EUR 125,000,000) ABN Amro Bank N.V. (15%, EUR 75,000,000) Crédit Agricole Corporate and Investment Bank (15%, EUR 75,000,000) ING Bank N.V. (15%, EUR 75,000,000) Nomura International plc (15%, EUR 75,000,000) Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ) (15%, EUR 75,000,000)</p>
<i>Übernahmekquoten (wesentliche Merkmale)</i>	<p><i>Die Übernahmeverpflichtungen der Lead Manager sind wie folgt:</i></p> <p><i>Deutsche Bank Aktiengesellschaft (25%, EUR 125,000,000) ABN Amro Bank N.V. (15%, EUR 75,000,000) Crédit Agricole Corporate and Investment Bank (15%, EUR 75,000,000) ING Bank N.V. (15%, EUR 75,000,000) Nomura International plc (15%, EUR 75,000,000) Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ) (15%, EUR 75,000,000)</i></p>
Selling Commission/Concession Verkaufsprovision	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Listing Commission/Fees	Not applicable

<i>Börsenzulassungsprovision/Gebühren</i>	<i>Nicht anwendbar</i>
Other Fee <i>Andere Gebühr</i>	Not applicable <i>Nicht anwendbar</i>
Total Commission <i>Gesamtprovision</i>	<i>0.25 per cent. of the aggregate principal amount</i> <i>0,25 % des Gesamtnennbetrags</i>
Stabilisation Manager <i>Kursstabilisierender Manager</i>	Deutsche Bank Aktiengesellschaft <i>Deutsche Bank Aktiengesellschaft</i>
Consent to use the Prospectus	Each Lead Manager placing or subsequently reselling the Securities is entitled to use and rely upon the Prospectus during the period from (and including) 8 June 2020 to (and including) 10 June 2020, provided however, that the Prospectus is still valid in accordance with Article 9 of the Prospectus Directive. The Prospectus may only be delivered to potential investors together with all supplements published before such delivery. The Issuer may at its sole discretion revoke any such consent.
<i>Zustimmung zur Nutzung des Prospekts</i>	<i>Jeder Lead Manager, der die Schuldverschreibungen platziert oder nachfolgend weiter verkauft, ist berechtigt, den Prospekt im Zeitraum vom 8. Juni 2020 (einschließlich) bis zum 10. Juni 2020 (einschließlich) zu verwenden und sich darauf zu berufen, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 9 der Prospektrichtlinie noch gültig ist. Der Prospekt darf potentiellen Investoren nur zusammen mit sämtlichen bis zur Übergabe veröffentlichten Nachträgen übergeben werden. Die Emittentin darf eine solche Zustimmung nach ihrem alleinigen Ermessen widerrufen.</i>
Prohibition of Sales to Retail Investors in the European Economic Area (within the meaning of Regulation (EU) 1286/2014)	Not applicable
<i>Verbot des Verkaufs an Kleinanleger im Europäischen Wirtschaftsraum (im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014)</i>	<i>Nicht anwendbar</i>
Settlement Instructions <i>Abwicklungsanweisungen</i>	Delivery against payment <i>Zug-um-Zug Lieferung</i>
9. SECURITIES IDENTIFICATION NUMBERS WERTPAPIERKENNNUMMERN	
Common Code <i>Common Code</i>	218629997 <i>218629997</i>
ISIN <i>ISIN</i>	DE000DL19VD6 <i>DE000DL19VD6</i>
German Securities Identification Number (WKN) <i>Wertpapierkennnummer (WKN)</i>	DL19VD <i>DL19VD</i>

- | | | |
|-----|---|---|
| 10. | EUROSYSTEM ELIGIBILITY OF NGN

EUROSYSTEM-FÄHIGKEIT DER NGN | Not applicable (the Securities are not issued in NGN-format)

<i>Nicht anwendbar (die Schuldverschreibungen werden nicht im NGN-Format begeben)</i> |
| 11. | QUALIFICATION AS SPECIFIED SECURITIES FOR U.S. TAX LAW PURPOSES

QUALIFIZIERUNG ALS SPECIFIED SECURITIES FÜR ZWECKE DES U.S. STEUERRECHTS | Not applicable

<i>Nicht anwendbar</i> |

THIRD PARTY INFORMATION
INFORMATIONEN VON SEITEN DRITTER

With respect to any information included in these Final Terms and specified to be sourced from a third party (i) the Issuer confirms that any such information has been accurately reproduced and as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information available to it from such third party, no facts have been omitted, the omission of which would render the reproduced information inaccurate or misleading and (ii) the Issuer has not independently verified any such information and accepts no responsibility for the accuracy thereof.

Hinsichtlich der in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen, die als Informationen von Seiten Dritter gekennzeichnet sind, gilt Folgendes: (i) die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen zutreffend wiedergegeben worden sind und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von diesen Dritten zur Verfügung gestellten Informationen ableiten konnte – keine Fakten weggelassen wurden, deren Fehlen die reproduzierten Informationen unzutreffend oder irreführend gestalten würden, und (ii) die Emittentin hat diese Informationen nicht selbständig überprüft und übernimmt keine Verantwortung für ihre Richtigkeit.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

ZUSAMMENFASSUNG

Zusammenfassungen bestehen aus den geforderten Angaben, den sogenannten Punkten. Diese Punkte werden in den Abschnitten A – E (A.1 – E.7) nummeriert aufgeführt.

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die in eine Zusammenfassung für Wertpapiere derselben Art wie die Schuldverschreibungen und Emittenten derselben Art wie die Emittentin aufzunehmen sind. Da einige Punkte nicht aufgenommen werden müssen, kann es Lücken in der Reihenfolge der Nummerierung der Punkte geben.

Auch wenn ein Punkt aufgrund der Art der Schuldverschreibungen und der Emittentin möglicherweise in diese Zusammenfassung aufzunehmen ist, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keine relevanten Angaben gemacht werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit dem Hinweis "entfällt" aufgenommen.

Abschnitt A — Einleitung und Warnhinweise

Punkt	Geforderte Angaben	
A.1	Warnhinweise	<p>Warnhinweis, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> diese Zusammenfassung als Einleitung zum Prospekt verstanden werden sollte, sich der Anleger bei jeder Entscheidung, in die Schuldverschreibungen zu investieren, auf den Prospekt als Ganzes stützen sollte, ein Anleger, der wegen der in dem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, nach den nationalen Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen muss, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann, zivilrechtlich nur diejenigen Personen haften, die diese Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass diese Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts wesentliche Angaben, die in Bezug auf Anlagen in die betreffenden Schuldverschreibungen für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.
A.2	Zustimmung zur Verwendung des Prospekts	<p>Deutsche Bank Aktiengesellschaft, ABN Amro Bank N.V., Crédit Agricole Corporate and Investment Bank, ING Bank N.V., Nomura International plc, Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ) (die Lead Manager) sind berechtigt, den Prospekt für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen während der Angebotsperiode in den Ländern des Angebots für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen vom 8. Juni 2020 (einschließlich) bis 10. Juni 2020 (einschließlich) (wobei diese Frist von der Emittentin verkürzt oder verlängert werden kann) zu verwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 11(2) des Luxemburger Wertpapierprospektgesetzes (<i>Loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières</i>), welches die Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (in der geänderten oder ersetzten Fassung) umsetzt, noch gültig ist.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>"Länder des Angebots" bezeichnet <i>Deutschland, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland und Irland.</i></p> <p>Der Prospekt darf potenziellen Anlegern nur zusammen mit sämtlichen bis zur Übergabe veröffentlichten Nachträgen übergeben werden. Jeder Nachtrag zum Prospekt kann in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) und der Internetseite der Emittentin (www.db.com/ir) eingesehen werden.</p> <p>Bei der Verwendung des Prospekts hat jeder Lead Manager und/oder jeder jeweilige weitere Finanzintermediär sicherzustellen, dass sie alle anwendbaren, in den jeweiligen Jurisdiktionen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften beachten.</p> <p>Für den Fall, dass ein Lead Manager ein Angebot macht, informiert er die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen der Schuldverschreibungen.</p> <p>Die Emittentin kann eine solche Zustimmung nach ihrem alleinigen Ermessen widerrufen.</p>

Abschnitt B — Emittentin

Punkt	Geforderte Angaben	
B.1	Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin	Der juristische und kommerzielle Name der Emittentin lautet Deutsche Bank Aktiengesellschaft (" Deutsche Bank " oder die " Bank ").
B.2	Sitz, Rechtsform, geltendes Recht und Land der Gründung der Emittentin	Die Deutsche Bank ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland. Sie unterhält ihre Hauptniederlassung unter der Anschrift Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland.
B.4b	Bekannte Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken	Mit Ausnahme der Auswirkungen der makroökonomischen Bedingungen und des Marktumfelds, Rechtsrisiken in Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise sowie der Auswirkungen gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorschriften, die für Finanzinstitute in Deutschland und der Europäischen Union gelten, gibt es keine bekannten Trends, Unsicherheiten, Anforderungen, Verpflichtungen oder Ereignisse, die im laufenden Geschäftsjahr mit hinreichender Wahrscheinlichkeit wesentliche Auswirkungen auf die Aussichten der Emittentin haben werden.
B.5	Beschreibung der Gruppe und der Stellung der Emittentin	Die Deutsche Bank ist die Konzernobergesellschaft und zugleich die bedeutendste Gesellschaft des Deutsche Bank-Konzerns, einem Konzern bestehend aus Banken, Kapitalmarktunternehmen, Fondsgesellschaften, Gesellschaften zur Immobilienfinanzierung, Teilzahlungsunternehmen, Research- und

Punkt	Geforderte Angaben																																				
	innerhalb dieser Gruppe	Beratungsunternehmen und anderen in- und ausländischen Unternehmen (der " Deutsche Bank-Konzern ").																																			
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt. Gewinnprognosen oder -schätzungen werden nicht abgegeben.																																			
B.10	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk	Entfällt. Es gibt keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen.																																			
B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	<p>Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bilanz der Deutsche Bank AG, der den maßgeblichen geprüften konsolidierten und in Übereinstimmung mit den nach IFRS erstellten Konzernabschlüssen zum 31. Dezember 2018 und zum 31. Dezember 2019 sowie den ungeprüften konsolidierten Zwischenabschlüssen zum 31. März 2019 und 31. März 2020 entnommen ist. Die Angaben zum Grundkapital (in Euro) und zur Anzahl der Stammaktien basieren auf der internen Rechnungslegung der Deutschen Bank; es handelt sich um ungeprüfte Angaben.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>31. Dezember 2018</th> <th>31. März 2019</th> <th>31. Dezember 2019</th> <th>31. März 2020</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Grundkapital (in Euro)</td> <td>5.290.939.215,36</td> <td>5.290.939.215,36</td> <td>5.290.939.215,36</td> <td>5.290.939.215,36</td> </tr> <tr> <td>Anzahl der Stammaktien</td> <td>2.066.773.131</td> <td>2.066.773.131</td> <td>2.066.773.131</td> <td>2.066.773.131</td> </tr> <tr> <td>Summe der Aktiva (in Millionen Euro)</td> <td>1.474.732</td> <td>1.437.179</td> <td>1.297.674</td> <td>1.491.203</td> </tr> <tr> <td>Summe der Verbindlichkeiten (in Millionen Euro)</td> <td>1.406.633</td> <td>1.367.985</td> <td>1.235.515</td> <td>1.427.843</td> </tr> <tr> <td>Eigenkapital (in Millionen Euro)</td> <td>68.099</td> <td>69.194</td> <td>62.160</td> <td>63.360</td> </tr> <tr> <td>Harte Kernkapitalquote</td> <td>14,8 %</td> <td>13,7 %</td> <td>13,6 %</td> <td>12,8 %</td> </tr> </tbody> </table>		31. Dezember 2018	31. März 2019	31. Dezember 2019	31. März 2020	Grundkapital (in Euro)	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36	Anzahl der Stammaktien	2.066.773.131	2.066.773.131	2.066.773.131	2.066.773.131	Summe der Aktiva (in Millionen Euro)	1.474.732	1.437.179	1.297.674	1.491.203	Summe der Verbindlichkeiten (in Millionen Euro)	1.406.633	1.367.985	1.235.515	1.427.843	Eigenkapital (in Millionen Euro)	68.099	69.194	62.160	63.360	Harte Kernkapitalquote	14,8 %	13,7 %	13,6 %	12,8 %
	31. Dezember 2018	31. März 2019	31. Dezember 2019	31. März 2020																																	
Grundkapital (in Euro)	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36	5.290.939.215,36																																	
Anzahl der Stammaktien	2.066.773.131	2.066.773.131	2.066.773.131	2.066.773.131																																	
Summe der Aktiva (in Millionen Euro)	1.474.732	1.437.179	1.297.674	1.491.203																																	
Summe der Verbindlichkeiten (in Millionen Euro)	1.406.633	1.367.985	1.235.515	1.427.843																																	
Eigenkapital (in Millionen Euro)	68.099	69.194	62.160	63.360																																	
Harte Kernkapitalquote	14,8 %	13,7 %	13,6 %	12,8 %																																	
	Keine wesentlichen negativen Veränderungen der Aussichten	Seit dem 31. Dezember 2019 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Deutschen Bank eingetreten.																																			
	Wesentliche Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition	Entfällt. Seit dem 31. März 2020 ist keine wesentliche Veränderung der Finanzlage oder Handelsposition der Deutschen Bank eingetreten.																																			
B.13	Die Zahlungsfähigkeit der Emittentin	Entfällt. Es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit – insbesondere betreffend die Emittentin –, die wesentlich für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin sind.																																			

Punkt	Geforderte Angaben	
	betreffende Ereignisse aus der jüngsten Zeit	
B.14	Abhängigkeit von anderen Unternehmen der Gruppe	Bitte lesen Sie die nachfolgende Information zusammen mit dem Abschnitt B.5. Entfällt. Die Emittentin ist nicht von anderen Unternehmen der Gruppe abhängig.
B.15	Haupttätigkeiten der Emittentin	<p>Gegenstand der Deutschen Bank ist gemäß ihrer Satzung der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art, die Erbringung von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen und die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Bank kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Bank zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland, zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zum Abschluss von Unternehmensverträgen.</p> <p>Die Deutsche Bank gliedert sich in die folgenden Segmente:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Unternehmensbank (Corporate Bank (CB)); — Investmentbank (IB); — Privatkundenbank (Private Bank (PB)); — Asset Management (AM); — Abbaueinheit (Capital Release Unit (CRU)); und — Corporate & Other (C&O). <p>Darüber hinaus hat die Deutsche Bank eine nach Ländern und Regionen untergliederte Managementstruktur, die eine konsistente Einführung globaler Strategien unterstützt.</p> <p>Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und potenziellen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Tochtergesellschaften und Filialen in zahlreichen Ländern, — Repräsentanzen in zahlreichen anderen Ländern und — einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung ihrer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.
B.16	Personen, die Kontrolle ausüben	Entfällt. Nach den Meldungen wesentlicher Beteiligungen gemäß Wertpapierhandelsgesetz gibt es nur sechs Aktionäre, die mehr als 3 %, aber weniger als 10 % der Aktien an der Emittentin halten oder denen mehr als 3 % aber weniger als 10 % der Stimmrechte zugerechnet werden. Nach Kenntnis der Emittentin existieren keine weiteren Aktionäre, die mehr als 3 % der Aktien oder Stimmrechte halten. Die Emittentin wird daher weder unmittelbar noch mittelbar mehrheitlich gehalten oder kontrolliert.

Punkt	Geforderte Angaben																									
B.17	Ratings der Emittentin und der Wertpapiere	<p>Emittentenratings</p> <p>Die Deutsche Bank hat ein Rating von Moody's Investors Service, Inc. ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P"), Fitch Ratings Limited ("Fitch") und DBRS Ratings GmbH ("DBRS" und zusammen mit Fitch, S&P and Moody's die "Rating-Agenturen") erhalten.</p> <p>S&P, Fitch und DBRS haben ihren Sitz in der Europäischen Union und sind gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Rating-Agenturen in ihrer jeweils geltenden Fassung (die "Ratingverordnung") registriert. Die von Moody's vergebenen Ratings wurden von der Geschäftsstelle von Moody's im Vereinigten Königreich (Moody's Investors Services Ltd.) nach Maßgabe von Art. 4 Absatz 3 der Ratingverordnung übernommen.</p> <p>Zum Datum des Prospekts bzw. seines letzten Nachtrags lauteten die von den Rating-Agenturen erteilten Ratings für die langfristigen nicht bevorzugten, vorrangigen Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt) und die kurzfristigen, vorrangigen Verbindlichkeiten (short-term senior debt) der Deutschen Bank wie folgt:</p> <table border="0"> <tr> <td style="vertical-align: top;">Moody's</td> <td style="vertical-align: top;">Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">Baa3</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="vertical-align: top;">Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">P-2</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">S&P</td> <td style="vertical-align: top;">Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">BBB-</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="vertical-align: top;">Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">A-2</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">Fitch</td> <td style="vertical-align: top;">Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">BBB (Rating Watch Negative)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="vertical-align: top;">Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">F2</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">DBRS</td> <td style="vertical-align: top;">Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">BBB (high) (negative)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="vertical-align: top;">Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)</td> <td style="vertical-align: top;">R-1 (low) (stable)</td> </tr> </table> <p>Rating der Schuldverschreibungen</p> <p>Moody's, S&P und Fitch werden voraussichtlich folgende Ratings für die Schuldverschreibungen erteilen: A3 (Moody's); BBB+ (S&P); BBB+ (Fitch).</p>	Moody's	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	Baa3		Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	P-2	S&P	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB-		Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	A-2	Fitch	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB (Rating Watch Negative)		Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	F2	DBRS	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB (high) (negative)		Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	R-1 (low) (stable)
Moody's	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	Baa3																								
	Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	P-2																								
S&P	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB-																								
	Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	A-2																								
Fitch	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB (Rating Watch Negative)																								
	Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	F2																								
DBRS	Langfristige nicht bevorzugte, vorrangige Verbindlichkeiten (long-term non-preferred senior debt)	BBB (high) (negative)																								
	Kurzfristige, vorrangige Verbindlichkeiten (short-term senior debt)	R-1 (low) (stable)																								

Abschnitt C — Wertpapiere

Punkt	Geforderte Angaben	
C.1	Art und Gattung der angebotenen und/oder zum Handel zuzulassenden Schuldverschreibungen, einschließlich jeder Wertpapierkennung	<p>Bei den EUR 500.000.000 Fest- zu variabel verzinslichen Grünen Schuldverschreibungen (die "Schuldverschreibungen") handelt es sich um Anleihen.</p> <p>Wertpapierkennnummern:</p> <p>ISIN: DE000DL19VD6</p> <p>WKN: DL19VD</p> <p>Common Code: 218629997</p>
C.2	Währung	Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.
C.5	Beschränkungen der freien Übertragbarkeit	Entfällt. Die Schuldverschreibungen sind gemäß anwendbarem Recht sowie nach Maßgabe der jeweils geltenden Regeln und Verfahrensweisen jeder Clearingstelle, über deren Buchungssystem die Übertragung der Schuldverschreibungen erfolgt, frei übertragbar.
C.8	Mit den Schuldverschreibungen verbundene Rechte einschließlich der Rangordnung und Beschränkungen dieser Rechte	<p>Mit den Schuldverschreibungen verbundene Rechte</p> <p>Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen (ein "Schuldverschreibungsgläubiger") hat gegenüber der Emittentin einen Anspruch auf Zahlung eines Rückzahlungsbetrags und von Zinsen, sobald diese Zahlungen nach den Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen fällig werden.</p> <p>Vor einer Insolvenz oder Liquidation der Emittentin unterliegen Zahlungsforderungen aus den Schuldverschreibungen den zu diesem Zeitpunkt anwendbaren Rechtsvorschriften, die eine Verringerung, auch bis auf null, dieser Zahlungsforderungen oder die Umwandlung dieser Zahlungsforderungen in Instrumente wie beispielsweise Stammaktien vorsehen, die Teil des harten Kernkapitals der Emittentin bilden (aufsichtsrechtliches Bail-in).</p> <p>Status der Schuldverschreibungen</p> <p>Zweck der Schuldverschreibungen ist es, der Emittentin als berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Rahmen der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu dienen.</p> <p>Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nicht nachrangige, bevorrechtigte Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin im gleichen Rang stehen, jedoch vorbehaltlich eines Vorrangs, der bestimmten nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aufgrund gesetzlicher Bestimmungen im Fall von Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Emittentin oder im Fall der Auflösung, der Liquidation oder der Insolvenz oder eines Vergleichs oder eines anderen der Abwendung der Insolvenz dienenden Verfahrens gegen die Emittentin eingeräumt wird. Gemäß § 46f Abs. 5 KWG gehen die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen den Verbindlichkeiten aus Schuldtiteln der Emittentin im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder nach einer Nachfolgebestimmung im Rang vor.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Im Einklang mit § 10 Abs. 5 KWG ist die Aufrechnung von Forderungen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ausgeschlossen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen zu keinem Zeitpunkt eine Sicherheit oder Garantie gestellt; bereits gestellte oder zukünftig gestellte Sicherheiten oder Garantien im Zusammenhang mit anderen Verbindlichkeiten der Emittentin haften nicht für Forderungen aus den Schuldverschreibungen.</p> <p>Nachträglich können der Rang der Verbindlichkeiten nicht verbessert sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine Rückzahlung, ein Rückkauf oder eine Kündigung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit ist nur mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zulässig, sofern gesetzlich erforderlich. Werden die Schuldverschreibungen (i) unter anderen als den in den Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen beschriebenen Umständen oder (ii) anders als infolge einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs nach Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zurückgezahlt oder von der Emittentin zurückerworben, so ist der gezahlte Betrag der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.</p> <p>Form der Schuldverschreibungen</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden als Inhaberpapiere begeben.</p> <p>Anwendbares Recht</p> <p>Die Schuldverschreibungen unterliegen deutschem Recht und sind entsprechend auszulegen.</p> <p>Gerichtsstand</p> <p>Nicht ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Verfahren im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Frankfurt am Main.</p> <p>Negativverpflichtung</p> <p>Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen enthalten keine Bestimmungen hinsichtlich einer Negativverpflichtung.</p> <p>Kündigungsgründe und Drittverzug</p> <p>Die Schuldverschreibungen sehen keine Kündigungsgründe vor, die ihre Gläubiger dazu berechtigen, die unverzügliche Rückzahlung der Schuldverschreibungen zu verlangen.</p> <p>Die Schuldverschreibungen enthalten keine Bestimmung zum Drittverzug.</p> <p>Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen</p> <p>Die Schuldverschreibungen sehen keine vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen vor.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Versammlungen der Schuldverschreibungsgläubiger</p> <p>Die Schuldverschreibungen enthalten gemäß dem deutschen Schuldverschreibungsgesetz Bestimmungen, nach deren Maßgabe die Gläubiger der Schuldverschreibungen eine Änderung der Emissionsbedingungen (mit Zustimmung der Emittentin) beschließen und Entscheidungen zu bestimmten sonstigen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen treffen können. Beschlüsse der Gläubiger der Schuldverschreibungen, die durch Abstimmung ohne Versammlung gemäß den Emissionsbedingungen ordnungsgemäß gefasst werden, sind für alle Gläubiger der Schuldverschreibungen verbindlich. Beschlüsse, die wesentliche Änderungen der Emissionsbedingungen vorsehen, erfordern eine Mehrheit von mindestens 75 Prozent der abgegebenen Stimmen. Beschlussfassungen über Änderungen der Emissionsbedingungen, die nicht wesentlich sind, bedürfen einer einfachen Mehrheit von mindestens 50 Prozent der abgegebenen Stimmen.</p> <p>Verjährung</p> <p>Die Rechte auf Zahlung von Kapital aus den Schuldverschreibungen unterliegen einer Verjährungsfrist von zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt am Ende des Zeitraums, in dem die Schuldverschreibungen ordnungsgemäß vorzulegen sind; dieser Zeitraum ist auf 10 Jahre herabgesetzt. Für die Zahlung von Zinsen gelten gesetzliche Vorlage- und Verjährungsfristen.</p>
C.9	Nominaler Zinssatz, Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden, und Zinsfälligkeitstermine sowie, wenn der Zinssatz nicht festgelegt ist, Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt, Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren sowie Angabe der Rendite und Name des Vertreters der Schuldver-	<p>Bitte lesen Sie die folgenden Angaben zusammen mit Punkt C.8.</p> <p>Zinsen</p> <p>Die im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen anwendbare Zinsberechnungsgrundlage wechselt am 10. Juni 2025 von fest zu variabel verzinslich (der "Zinswechseltag").</p> <p>Zinsen sind nachträglich am 10. Juni 2021, 10. Juni 2022, 10. Juni 2023, 10. Juni 2024, 10. Juni 2024, 10. Juni 2025, jeweils vorbehaltlich einer Anpassung für Tage, die keine Geschäftstage sind (ausschließlich in Bezug auf Zahlungen), und 10. September 2025, 10. Dezember 2025, 10. März 2026 und 10. Juni 2026, jeweils vorbehaltlich einer Anpassung für Tage, die keine Geschäftstage sind (jeweils ein "Zinszahltag") zur Zahlung fällig.</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden in Bezug auf jede Zinsperiode I nachträglich ab dem Tag ihrer Begebung (einschließlich) bis zum 10. Juni 2025 (ausschließlich) mit einem festen Zinssatz von 1,375 Prozent jährlich verzinst.</p> <p>Die "Zinsperioden I" sind die Zeiträume vom 10. Juni 2020 (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag (ausschließlich) und danach bis zum 10. Juni 2025 (ausschließlich) jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahltag (ausschließlich).</p> <p>Der Betrag, der in Bezug auf eine Zinsperiode I am maßgeblichen Zinszahltag zur Zahlung fälligen Zinsen, beträgt je Schuldverschreibung EUR 13,75.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
	schreibungs- gläubiger	<p>Der "Zinstagequotient" in Bezug auf eine Zinsperiode I entspricht der tatsächlichen Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode.</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden ab dem 10. Juni 2025 (einschließlich) in Bezug auf jede Zinsperiode II variabel verzinst.</p> <p>Die "Zinsperioden II" sind die Zeiträume vom 10. Juni 2025 (einschließlich) bis zum nächsten Zinszahltag (ausschließlich) und danach von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Zinszahltag (ausschließlich).</p> <p>Der Betrag, der in Bezug auf eine Zinsperiode II am maßgeblichen Zinszahltag zur Zahlung fälligen Zinsen, entspricht dem Produkt aus (a) dem gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen, die durch die Globalurkunde verbrieft sind, (b) dem Zinssatz und (c) dem Zinstagequotienten, jeweils für diese Zinsperiode II.</p> <p>Der "Zinstagequotient" in Bezug auf eine Zinsperiode II entspricht der tatsächlichen Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.</p> <p>Der "Zinssatz" für jede Zinsperiode II ist der Referenzsatz zuzüglich 1,67 Prozent <i>per annum</i>.</p> <p>Der "Referenzsatz" entspricht:</p> <p style="padding-left: 20px;">dem Satz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in Euro für die betreffende Zinsperiode, der um 11:00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Zinsfeststellungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-EURIBOR) (der "Variable Zinssatz") oder, wenn die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung steht oder zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt wird, dem in Bezug auf den letzten vorangegangenen Zinsfestlegungstag angewandten Variablen Zinssatz oder falls es einen solchen nicht gab, dem in Bezug auf die letzte vorangegangene Zinsperiode angewandten Zinssatz.</p> <p>"Zinsfeststellungstag" bezeichnet den zweiten TARGET-Geschäftstag vor Beginn der maßgeblichen Zinsperiode.</p> <p>"TARGET-Geschäftstag" bezeichnet einen Tag (ausgenommen Samstag oder Sonntag), an dem das TARGET2-System (<i>Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer</i>) Zahlungen abwickelt.</p> <p>"Bildschirmseite" bezeichnet Reuters Bildschirm EURIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgesseite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes als Informationsanbieter benannt wird.</p> <p>Fälligkeit und Rückzahlung</p> <p>Vorbehaltlich einer vorzeitigen Rückzahlung oder Entwertung werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Nennbetrag am Fälligkeitstag, d.h. dem 10. Juni 2026 zurückgezahlt.</p> <p>Die Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin an einem Wahrrückzahlungstag (Call) zum maßgeblichen Wahrrückzahlungsbetrag (Call) zurückgezahlt werden.</p> <p>Gemeinsamer Vertreter</p> <p>Gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz sehen die Anleihen vor, dass die Schuldverschreibungsgläubiger durch Mehrheitsbeschluss einen Vertreter aller</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		Schuldverschreibungsgläubiger (der " Gemeinsame Vertreter ") bestellen können. Die dem durch Beschluss bestellten Gemeinsamen Vertreter übertragenen Aufgaben und Funktionen bestimmen sich durch das Schuldverschreibungsgesetz sowie durch Mehrheitsbeschlüsse der Schuldverschreibungsgläubiger.
C.10	Derivative Komponente bei der Zinszahlung	Die folgenden Angaben sind zusammen mit Punkt C.9 zu lesen. Entfällt. Die Schuldverschreibungen haben keine derivative Komponente bei der Zinszahlung.
C.11	Antrag auf Zulassung zum Handel, um die Schuldverschreibungen an einem geregelten Markt oder anderen gleichwertigen Märkten zu platzieren, wobei die betreffenden Märkte zu nennen sind	Die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse (LGX Segment), bei dem es sich um einen geregelten Markt im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente in der geltenden Fassung (MiFID II) handelt, wird beantragt.

Abschnitt D — Risiken

Punkt	Geforderte Angaben	
D.2	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind	<p>Anleger sind dem Risiko einer Insolvenz infolge einer Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit der Emittentin, d. h. dem Risiko einer vorübergehenden oder endgültigen Unfähigkeit zur termingerechten Erfüllung von Zins- und/oder Tilgungsverpflichtungen, ausgesetzt. Eine Bewertung dieses Risikos wird mittels der Emittentenratings vorgenommen.</p> <p>Im Folgenden werden Faktoren beschrieben, die sich nachteilig auf die Profitabilität der Deutschen Bank auswirken können:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Als globale Investmentbank mit einem großen Privatkundenbereich ist ihr Geschäft in wesentlichem Maße von dem globalen makroökonomischen Umfeld und Finanzmarktumfeld betroffen. Es bestehen bedeutende Risiken, die sich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank in einigen ihrer Geschäftsfelder sowie ihre strategischen Pläne auswirken können, darunter eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten für den Euroraum und ein Nachlassen des Wachstums in den Schwellenmärkten, Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China sowie zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, Inflationsrisiken, geopolitische Risiken sowie Risiken im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.

Punkt	Geforderte Angaben	
		<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="517 293 1495 383">– Die Deutsche Bank ist globalen wirtschaftlichen, marktbezogenen und geschäftlichen Risiken im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ausgesetzt. <li data-bbox="517 398 1495 622">– Die anhaltend hohe politische Unsicherheit in der Europäischen Union könnte für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft unkalkulierbare Folgen haben und in einigen Bereichen zu einer Desintegration Europas beitragen, was möglicherweise zu einem Geschäftsrückgang, Abschreibungen von Vermögenswerten und zu Verlusten in allen Geschäftsfeldern der Deutschen Bank führen könnte. Die Fähigkeit der Deutschen Bank, sich vor diesen Risiken zu schützen, ist begrenzt. <li data-bbox="517 638 1495 728">– Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union – Brexit – kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutschen Bank sowie ihre Ertragslage und ihre strategischen Pläne auswirken. <li data-bbox="517 743 1495 922">– Sofern sich die europäische Schuldenkrise wieder verschärfen sollte, könnte die Deutsche Bank gezwungen sein, Abschreibungen auf ihr finanzielles Engagement in Bezug auf Staatsschulden europäischer oder anderer Länder vorzunehmen. Die von der Deutschen Bank zur Minderung des Ausfallrisikos staatlicher Kreditnehmer eingegangenen Credit Default Swaps können diese Verluste möglicherweise nicht ausgleichen. <li data-bbox="517 938 1495 1005">– Die Deutsche Bank ist ferner weiteren globalen makroökonomischen und politischen Risiken, unter anderen im Hinblick auf den Nahen Osten, ausgesetzt. <li data-bbox="517 1021 1495 1335">– Die Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank wird durch das schwierige Marktumfeld, das ungewisse makroökonomische und geopolitische Umfeld, das geringere Kundenaktivitätsniveau, verstärkten Wettbewerb und zunehmende Regulierung sowie die unmittelbaren Auswirkungen ihrer strategischen Entscheidungen weiterhin beeinträchtigt. Sollte die Deutsche Bank nicht in der Lage sein, ihre Profitabilität zu verbessern, während sie weiterhin diesen anhaltenden Herausforderungen ausgesetzt ist, erreicht sie möglicherweise viele Ziele ihrer Strategie nicht und könnte Schwierigkeiten haben, Eigenkapital, Liquidität und Verschuldung auf einem von Marktteilnehmern und Aufsichtsbehörden erwarteten Niveau zu halten. <li data-bbox="517 1350 1495 1619">– Widrige Marktverhältnisse, Preisrückgang bei Vermögenswerten, Volatilität sowie Zurückhaltung bei Investoren haben in der Vergangenheit erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umsätze und Erträge der Deutschen Bank gehabt und könnten auch in Zukunft derartige Auswirkungen haben, insbesondere in den Bereichen Investmentbanking, Brokerage sowie anderen provisions- oder gebührenabhängigen Geschäftsfeldern. Infolgedessen hat die Deutsche Bank in der Vergangenheit erhebliche Verluste aus ihren Handels- und Investmentaktivitäten erlitten und wird möglicherweise auch in Zukunft solche Verluste erleiden. <li data-bbox="517 1635 1495 1948">– Die Liquidität, Geschäftsaktivitäten und Profitabilität der Deutschen Bank können nachteilig betroffen werden, sollte sie keinen Zugang zu den Fremdkapitalmärkten haben oder in Zeiten marktweiter oder firmenspezifischer Liquiditätsengpässe keine Vermögenswerte veräußern können. Herabstufungen des Ratings der Deutschen Bank haben in der Vergangenheit zu einem Anstieg ihrer Finanzierungskosten geführt, und zukünftige Herabstufungen könnten einen wesentlichen nachteiligen Einfluss auf die Finanzierungskosten der Deutschen Bank, die Bereitschaft von Geschäftspartnern, weiterhin Geschäftsbeziehungen mit ihr zu unterhalten, sowie auf wesentliche Aspekte ihres Geschäftsmodells haben. <li data-bbox="517 1964 1495 2031">– Am 7. Juli 2019 hat die Deutsche Bank strategische Anpassungen und eine Aktualisierung ihrer finanziellen Ziele angekündigt. Sollte die Deutsche Bank

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>nicht in der Lage sein, ihre strategischen Pläne erfolgreich umzusetzen, könnte sie möglicherweise ihre finanziellen Ziele nicht erreichen oder sie könnte von Verlusten einschließlich Wertminderungen und Rückstellungen oder geringer Profitabilität betroffen sein, und ihre Finanz- und Ertragslage sowie ihr Aktienkurs könnten wesentlich beeinträchtigt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="517 461 1493 613">– Der Deutschen Bank gelingt es möglicherweise nur unter Schwierigkeiten, Gesellschaften, Geschäftsfelder oder Vermögenswerte zu vorteilhaften Preisen oder überhaupt zu verkaufen, und sie kann unabhängig von Marktentwicklungen wesentliche Verluste im Zusammenhang mit diesen Vermögenswerten und weiteren Investments erleiden. <li data-bbox="517 629 1493 784">– Der Deutschen Bank gelingt es unter Umständen nur unter Schwierigkeiten, mögliche Unternehmenszusammenschlüsse zu identifizieren und diese durchzuführen, wobei sowohl die Durchführung von Zusammenschlüssen als auch eine Abstandnahme davon erhebliche negative Auswirkungen auf ihre Ertragslage und ihren Aktienkurs haben kann. <li data-bbox="517 799 1493 891">– Der intensive Wettbewerb sowohl auf dem deutschen Heimatmarkt der Deutschen Bank als auch den internationalen Märkten beeinträchtigte ihre Erträge und ihre Profitabilität wesentlich, was auch weiterhin der Fall sein könnte. <li data-bbox="517 907 1493 1218">– Reformen des Aufsichtsrechts, die zur Adressierung von Schwachstellen im Finanzsektor erlassen oder vorgeschlagen wurden, haben, in Verbindung mit einer allgemein verschärften Überprüfung durch Aufsichtsbehörden, zu erheblichen Auswirkungen auf die Deutsche Bank geführt und führen auch weiterhin zu solchen Auswirkungen und können sich nachteilig auf ihr Geschäft sowie ihre Fähigkeit, ihre strategischen Pläne umzusetzen, auswirken. Falls die Deutsche Bank aufsichtsrechtliche Anforderungen nicht erfüllt und keine anderen Maßnahmen ergreift, könnten ihr die zuständigen Aufsichtsbehörden untersagen, Dividenden zu zahlen oder Zahlungen auf ihre aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalinstrumente zu leisten. <li data-bbox="517 1234 1493 1615">– Aufsichtsrechtliche und gesetzliche Änderungen zwingen die Deutsche Bank, höhere Eigenmittel und bail-in-fähige Verbindlichkeiten (Verbindlichkeiten, die bei einer Abwicklung zu einem Bail-in herangezogen werden können) vorzuhalten und strengere Liquiditätsanforderungen zu beachten. Diese Anforderungen können erhebliche Folgen für das Geschäftsmodell und die Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank sowie das Wettbewerbsumfeld allgemein haben. Auffassungen im Markt, dass die Deutsche Bank möglicherweise nicht in der Lage sein könnte, ihre Kapital- und Liquiditätsanforderungen mit einem angemessenen Puffer zu erfüllen, sie über diese Anforderungen hinaus Kapital oder Liquidität vorhalten sollte, oder sie in sonstiger Weise gegen diese Anforderungen verstößt, könnten die Wirkung dieser Faktoren auf ihre Geschäftstätigkeit und ihre Ergebnisse noch verstärken. <li data-bbox="517 1630 1493 1753">– In einigen Fällen muss die Deutsche Bank für ihre lokalen Geschäftsaktivitäten in verschiedenen Jurisdiktionen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, gesondert Eigenmittel vorhalten und berechnen und Liquiditäts- und Risikosteuerungsvorschriften einhalten. <li data-bbox="517 1769 1493 2016">– Die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten und der Liquiditätsgrad der Deutschen Bank und ihre für Ausschüttungen auf ihre Aktien oder regulatorischen Eigenkapitalinstrumente zur Verfügung stehenden Mittel werden durch ihre Geschäftsentscheidungen berührt. Wenn die Deutsche Bank diese Entscheidungen trifft, stimmen ihre Interessen und die Interessen der Inhaber dieser Instrumente möglicherweise nicht überein, und die Deutsche Bank trifft möglicherweise Entscheidungen in Übereinstimmung mit geltendem Recht und den Bedingungen der entsprechenden Instrumente, die dazu führen, dass

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>geringere oder gar keine Zahlungen auf ihre Aktien oder regulatorischen Eigenkapitalinstrumente erfolgen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="517 365 1493 551">– Europäisches und deutsches Recht zur Sanierung und Abwicklung von Banken und Wertpapierfirmen könnte, wenn Schritte zur Sicherstellung der Abwicklungsfähigkeit der Deutschen Bank unternommen werden oder ihr Abwicklungsmaßnahmen auferlegt würden, erhebliche Folgen für ihre Geschäftstätigkeit haben und Verluste für ihre Aktionäre und Gläubiger nach sich ziehen. <li data-bbox="517 566 1493 752">– Weitere infolge der Finanzkrise verabschiedete oder vorgeschlagene aufsichtsrechtliche Reformen – beispielsweise umfangreiche neue Vorschriften zum Derivate-Geschäft der Deutschen Bank, zur Vergütung, zu Bankenabgaben, zur Einlagensicherung, zum Datenschutz oder zu einer möglichen Finanztransaktionssteuer – können ihre betrieblichen Aufwendungen erheblich steigern und negative Auswirkungen auf ihr Geschäftsmodell haben. <li data-bbox="517 768 1493 1111">– Um zu gewährleisten, dass die Deutsche Bank ihre Geschäftstätigkeit in Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften und aufsichtsrechtlichen Erwartungen ausübt, ist ein solides und wirksames internes Kontrollumfeld sowie eine geeignete Infrastruktur (welche Menschen, Richtlinien und Verfahren, Kontrolltests und IT-Systeme umfasst) erforderlich. Die Deutsche Bank hat die Notwendigkeit der Stärkung ihres internen Kontrollumfelds und ihrer Infrastruktur erkannt und diesbezüglich Maßnahmen ergriffen. Sollten diese Maßnahmen nicht erfolgreich sein oder sich verzögern, könnte sich dies erheblich nachteilig auf ihre Reputation und ihre aufsichtsrechtliche Stellung und Finanzlage auswirken, und ihre Fähigkeit, ihre strategischen Ziele zu erreichen, könnte beeinträchtigt werden. <li data-bbox="517 1126 1493 1379">– Die BaFin hat die Deutsche Bank angewiesen, ihre Kontroll- und Compliance-Infrastruktur zur Bekämpfung von Geldwäsche und zur Identifizierung ihrer Kunden (Know-Your-Client, KYC) zu verbessern, und einen Sonderbeauftragten zur Überwachung der Umsetzung dieser Maßnahmen bestellt. Sollte die Deutsche Bank nicht in der Lage sein, ihre Infrastruktur und ihr Kontrollumfeld innerhalb der gesetzten Frist wesentlich zu verbessern, könnte sich dies erheblich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage und die Reputation der Deutschen Bank auswirken. <li data-bbox="517 1395 1493 1559">– Die Deutsche Bank ist in einem in hohem und zunehmendem Maße regulierten und für Rechtsstreitigkeiten anfälligen Umfeld tätig, wodurch sie potenziell Schadensersatzsprüchen und anderen Kosten, deren Höhe erheblich und schwierig abzuschätzen sein kann, sowie rechtlichen und regulatorischen Sanktionen und einer Beeinträchtigung der Reputation ausgesetzt ist. <li data-bbox="517 1574 1493 1827">– Die Deutsche Bank ist derzeit Gegenstand branchenweiter Untersuchungen von Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit Interbanken- und Händlerzinssätzen sowie von Zivilklagen. Aufgrund einer Reihe von Unsicherheiten, unter anderem im Zusammenhang mit dem starken öffentlichen Interesse an diesen Verfahren und den Vergleichsverhandlungen anderer Banken, ist der Ausgang dieser Verfahren unvorhersehbar und kann sich wesentlich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage sowie die Reputation der Deutschen Bank auswirken. <li data-bbox="517 1843 1493 1962">– Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden untersuchen unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Beauftragung von Arbeitsvermittlern und Beratern den U.S. Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. <li data-bbox="517 1977 1493 2024">– Die Deutsche Bank ist derzeit an einem zivilrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit ihrem freiwilligen Übernahmeangebot für den Erwerb

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>sämtlicher Aktien der Postbank beteiligt. Das für die Deutsche Bank mit diesem Verfahren einhergehende finanzielle Risiko könnte erheblich sein, und es könnten sich nachteilige Auswirkungen auf ihre Reputation ergeben.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="517 398 1493 613">– Die Deutsche Bank hat die Umstände der von bestimmten Kunden in Moskau und London abgeschlossenen Aktienhandelsgeschäfte untersucht und Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in mehreren Ländern von diesen Handelsgeschäften in Kenntnis gesetzt. Sollten Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften aufgedeckt werden, könnten sich daraus ergebende gegen die Deutsche Bank erhobene Geldbußen erheblich nachteilig auf ihre Finanz- und Ertragslage sowie ihre Reputation auswirken. <li data-bbox="517 631 1493 1133">– Die Deutsche Bank ist derzeit Gegenstand branchenweiter Untersuchungen und Ermittlungen von Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die sich auf Geschäfte von Kunden mit deutschen Aktien um den Dividendenstichtag mit dem Ziel, in Deutschland Gutschriften oder Erstattungen für Kapitalertragsteuer auf Dividendenzahlungen zu erlangen, beziehen (sogenannte Cum-Ex-Geschäfte). Darüber hinaus ist die Deutsche Bank einer möglichen Steuerhaftung sowie der Geltendmachung möglicher zivilrechtlicher Ansprüche durch Dritte ausgesetzt, z. B. frühere Gegenparteien, Depotbanken, Investoren und sonstige Marktteilnehmer, auch infolge von Verurteilungen in Strafverfahren, an denen die Deutsche Bank selbst nicht unmittelbar beteiligt ist. Aufgrund einer Vielzahl von Unsicherheiten, darunter die Entwicklung von Untersuchungen, Gerichtsverfahren, Verwaltungsmaßnahmen von Behörden und die Geltendmachung von Ansprüchen durch Dritte, ist das letztendliche Ergebnis dieser Angelegenheiten nicht vorhersehbar und könnte sich erheblich nachteilig auf die Finanz- und Ertragslage sowie die Reputation der Deutschen Bank auswirken. <li data-bbox="517 1151 1493 1366">– In den Ländern, in denen sie tätig ist, steht die Deutsche Bank unter der ständigen Beobachtung der jeweils zuständigen Steuerbehörden. Steuergesetze werden immer komplexer und verändern sich ständig. Die Kosten der Deutschen Bank aus der Durchführung von routinemäßigen Steuerprüfungen sowie der Beilegung von Steuerstreitigkeiten und sonstigen steuerrechtlichen Verfahren und Streitigkeiten könnten ansteigen und sich nachteilig auf ihr Geschäft sowie ihre Finanz- und Ertragslage auswirken. <li data-bbox="517 1384 1493 1572">– Die Deutsche Bank ist derzeit an einem mit den deutschen Steuerbehörden im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung bestimmter Erträge aus ihrem Pensionsplanvermögen geführten Rechtsstreit beteiligt. Das Verfahren ist vor dem Bundesfinanzhof anhängig. Sollten die Gerichte letztlich zugunsten der deutschen Steuerbehörden entscheiden, könnte sich dies erheblich auf das Gesamtergebnis und die Finanzlage der Deutschen Bank auswirken. <li data-bbox="517 1590 1493 1805">– Ausschüsse im US-Kongress sowie weitere amerikanische staatliche Stellen haben Auskünfte von der Deutschen Bank zu potenziellen Geschäften zwischen ihr und der amerikanischen Exekutive, dem Präsidenten, seiner Familie und anderen engen Geschäftspartnern verlangt und könnten weitere Auskünfte verlangen, wodurch sie aufgrund der sehr hohen medialen Aufmerksamkeit insbesondere Reputationsrisiken und dem Risiko entgangener geschäftlicher Möglichkeiten ausgesetzt ist. <li data-bbox="517 1823 1493 2011">– Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftersuchen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Korrespondenzbank der Danske Bank erhalten, wodurch sie aufgrund der sehr hohen medialen Aufmerksamkeit insbesondere Reputationsrisiken und dem Risiko entgangener geschäftlicher Möglichkeiten ausgesetzt ist.

Punkt	Geforderte Angaben	
		<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="517 293 1493 607">– Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftersuchen im Zusammenhang mit ihren Kontrollmechanismen zur Vermeidung von Wirtschaftskriminalität erhalten, auch in den Vereinigten Staaten. Sollte eine dieser Untersuchungen ergeben, dass die Deutsche Bank anwendbares Recht nicht eingehalten hat, können erhebliche Geldbußen und Beschränkungen ihrer Geschäftstätigkeit gegen sie verhängt werden, sie kann zur Ergreifung von Abhilfemaßnahmen verpflichtet werden und/oder es können Strafverfahren eingeleitet werden, wobei sie aufgrund der sehr hohen medialen Aufmerksamkeit Reputationsrisiken und dem Risiko entgangener geschäftlicher Möglichkeiten ausgesetzt ist. <li data-bbox="517 618 1493 741">– Schuldeingeständnisse oder Verurteilungen der Deutschen Bank oder ihrer verbundenen Unternehmen in strafrechtlichen Verfahren könnten Konsequenzen entfalten, die sich nachteilig auf bestimmte ihrer Geschäftsbereiche auswirken. <li data-bbox="517 752 1493 943">– Zusätzlich zum klassischen, das Einlagen- und Kreditgeschäft umfassenden Bankgeschäft ist die Deutsche Bank auch im nicht-klassischen Bankgeschäft tätig und geht dabei im Rahmen von Transaktionen, wie dem Halten von Wertpapieren Dritter oder der Durchführung komplexer derivativer Transaktionen, Kreditrisiken ein. Diese nicht-klassischen Bankgeschäfte erhöhen die Kreditrisiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, erheblich. <li data-bbox="517 954 1493 1111">– Ein wesentlicher Teil der ausgewiesenen Aktiva und Passiva umfasst zum Markt- bzw. Zeitwert angesetzte Finanzinstrumente, dessen Änderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Aufgrund solcher Änderungen hat die Deutsche Bank in der Vergangenheit erhebliche Verluste erlitten und wird möglicherweise auch in Zukunft weitere Verluste erleiden. <li data-bbox="517 1122 1493 1435">– Nach bestimmten Rechnungslegungsvorschriften ist die Deutsche Bank verpflichtet, den Wert des Goodwills ihrer Geschäftsbereiche sowie den Wert ihrer sonstigen immateriellen Vermögenswerte in regelmäßigen Abständen auf Wertminderungsbedarf hin zu prüfen. Für den Fall, dass diese Prüfungen ergeben, dass Wertminderungsbedarf besteht, ist die Deutsche Bank nach diesen Rechnungslegungsvorschriften verpflichtet, den Wert dieser Vermögenswerte zu mindern. Wertminderungen des Goodwills und sonstiger immaterieller Vermögenswerte haben sich in der Vergangenheit bereits erheblich nachteilig auf die Profitabilität und die Ertragslage der Deutschen Bank ausgewirkt und könnten dies auch in Zukunft tun. <li data-bbox="517 1447 1493 1704">– Nach bestimmten Rechnungslegungsvorschriften ist die Deutsche Bank am Ende jeder Berichtsperiode zur Überprüfung ihrer latenten Steueransprüche verpflichtet. Soweit es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass genügend steuerbarer Gewinn zur Verfügung steht, um latente Steueransprüche ganz oder teilweise zu nutzen, muss die Deutsche Bank den Betrag dieser aktiven latenten Steuern reduzieren. Diese Reduzierungen haben sich der Vergangenheit bereits erheblich nachteilig auf die Profitabilität, das Eigenkapital und die Finanzlage der Deutschen Bank ausgewirkt und könnten dies auch in Zukunft tun. <li data-bbox="517 1715 1493 1839">– Die Deutsche Bank ist Pensionsrisiken ausgesetzt, die erhebliche Auswirkungen auf die Bewertung ihrer Pensionsverpflichtungen haben können, unter anderem Zins-, Inflations- und Langlebigerkeitsrisiken, die sich in erheblichem Maße auf ihre Ertragslage auswirken können. <li data-bbox="517 1850 1493 1973">– Ungeachtet bestehender Grundsätze, Verfahren und Methoden zur Überwachung von Risiken ist die Deutsche Bank unerkannten und nicht vorhergesehenen Risiken ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten führen könnten.

Punkt	Geforderte Angaben	
		<ul style="list-style-type: none"> – Operationelle Risiken, die sich aus Fehlern in Prozessabläufen der Deutschen Bank, dem Verhalten ihrer Mitarbeiter, einer Instabilität, Störung oder eines Ausfalls ihres IT-Systems und ihrer IT-Infrastruktur oder dem Verlust der Geschäftskontinuität oder vergleichbaren Problemen im Hinblick auf ihre jeweiligen Dienstleister ergeben können, könnten die Geschäfte der Deutschen Bank beeinträchtigen und zu erheblichen Verlusten führen. – Die Deutsche Bank setzt zur Unterstützung ihres Geschäfts und ihrer Betriebsabläufe eine Reihe von Dienstleistern ein. Von Dienstleistern erbrachte Leistungen bergen für die Deutsche Bank ähnliche Risiken wie diejenigen, denen sie ausgesetzt ist, wenn sie diese Leistungen selbst erbringt, und die Deutsche Bank bleibt für die von ihren Dienstleistern erbrachten Leistungen letztlich verantwortlich. Falls die Geschäftsaktivität eines Dienstleisters nicht den geltenden Standards oder den Erwartungen der Deutschen Bank entspricht, könnte dies zu erheblichen Verlusten der Deutschen Bank, behördlichen Maßnahmen oder Gerichtsverfahren gegen sie oder zum Ausfall der aus der Geschäftsbeziehung erwarteten Vorteile führen. – Die Betriebssysteme der Deutschen Bank sind zunehmend Risiken im Hinblick auf Cyber-Angriffe und sonstige Internetkriminalität ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten der Daten von Kunden und Klienten führen, die Reputation der Deutschen Bank schädigen und zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen und finanziellen Verlusten führen können. – Der Umfang ihres Clearing-Geschäfts setzt die Deutsche Bank erhöhten Gefahren erheblicher Verluste aus, sollten ihre diesbezüglichen Systeme nicht ordnungsgemäß funktionieren. – Vom Financial Stability Board (FSB) weltweit angestoßene, fortwährende Bemühungen zur Reform von Referenzwerten, insbesondere der Übergang von den Interbankensätzen zu alternativen Referenzsätzen, die derzeit entwickelt werden, wie beispielsweise den sogenannten "risikolosen Sätzen", bringen eine Reihe von Risiken für das Geschäft der Deutschen Bank und die Finanzindustrie hervor. Sollten diese Risiken tatsächlich eintreten, könnten sie sich erheblich nachteilig auf das Geschäft, die Ertragslage und die Profitabilität der Deutschen Bank auswirken. – Die Deutsche Bank untersteht Gesetzen und sonstigen Anforderungen im Zusammenhang mit Finanz- und Handelssanktionen und Embargos. Sollte die Deutsche Bank gegen solche Gesetze verstoßen oder solche Anforderungen nicht erfüllen, kann sie erheblichen behördlichen Durchsetzungsmaßnahmen und Geldbußen unterworfen sein (was in der Vergangenheit bereits der Fall war). – Transaktionen mit Gegenparteien in Ländern, die vom U.S.-amerikanischen Außenministerium als terrorismusfördernde Staaten eingestuft werden, oder mit Personen, gegen die U.S.-amerikanische Wirtschaftssanktionen gerichtet sind, können dazu führen, dass potenzielle Kunden und Investoren keine Geschäfte mit der Deutschen Bank eingehen oder nicht in ihre Wertpapiere investieren. Sie können zudem die Reputation der Deutschen Bank schädigen oder zu behördlichen Maßnahmen oder Durchsetzungsmaßnahmen führen, die sich wesentlich und nachteilig auf ihr Geschäft auswirken können.
D.3	Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die den Schuldverschreibungen eigen sind	<p>Die Schuldverschreibungen stellen eine möglicherweise nicht für alle Anleger geeignete Anlage dar. Jeder potenzielle Erwerber der Schuldverschreibungen sollte die Eignung einer solchen Anlage vor dem Hintergrund seiner individuellen Verhältnisse prüfen.</p> <p>Zinssatzrisiko:</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Auf die Schuldverschreibungen wird an festgelegten Zinszahltagen ein fester Zinsbetrag gezahlt. Anleger in festverzinsliche Wertpapiere sind dem Risiko ausgesetzt, dass Marktzinssätze steigen und der von ihnen vereinnahmte feste Zinsbetrag geringer ist als der Betrag, den sie bei einer Anlage in variabel verzinsliche Wertpapiere erhalten hätten. Der Marktwert von festverzinslichen Wertpapieren fällt, wenn potenzielle Anleger erkennen, dass sie mit einer Anlage in alternative Produkte eine höhere Rendite erzielen können.</p> <p>Auf die Schuldverschreibungen wird an festgelegten Zinszahltagen ein variabler Zinsbetrag gezahlt. Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen sind Anlageformen, die Wertschwankungen ausgesetzt sein können. Anleger in solche Schuldverschreibungen sind dem Risiko eines schwankenden Zinssatzes und somit schwankender Zinsbeträge ausgesetzt. Ein schwankendes Zinsniveau macht die Bestimmung der Rentabilität der variabel verzinslichen Schuldverschreibungen unmöglich.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem 3-Monats-EURIBOR, an den die Zahlung von Zinsen auf die Schuldverschreibungen gekoppelt ist, treten besondere Risiken auf. Der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) und weitere Indizes, die als Benchmarks (jeweils eine "Benchmark" und zusammen die "Benchmarks") gelten, sind Gegenstand aktueller nationaler, internationaler und sonstiger aufsichtsrechtlicher Vorgaben und Reformvorschläge. Einige dieser Reformen sind bereits in Kraft getreten, während andere noch umgesetzt werden müssen. Diese Reformen können dazu führen, dass sich eine Benchmark (wie beispielsweise der 3-Monats-EURIBOR) anders als in der Vergangenheit entwickelt oder ganz wegfällt, oder auch andere unvorhersehbare Auswirkungen haben. Jede dieser Folgen könnte sich in wesentlicher Hinsicht nachteilig auf die Schuldverschreibungen auswirken, die an den 3-Monats-EURIBOR gekoppelt sind.</p> <p>Die Verordnung (EU) 2016/1011 (die "Benchmark-Verordnung") könnte wesentliche Auswirkungen auf die Schuldverschreibungen haben, insbesondere wenn die Methodik oder sonstige Bedingungen des 3-Monats-EURIBOR zur Einhaltung der Vorgaben der Benchmark-Verordnung geändert werden. Solche Änderungen könnten beispielsweise dazu führen, dass die Volatilität des veröffentlichten Satzes oder Stands des 3-Monats-EURIBOR ab- oder zunimmt oder anderweitig beeinflusst wird.</p> <p>Die auf internationaler oder nationaler Ebene durchgeführten Reformen oder die allgemein verstärkten aufsichtsrechtlichen Überprüfungen von Benchmarks könnten zu erhöhten Kosten und Risiken der Verwaltung einer Benchmark oder der anderweitigen Beteiligung an deren Festlegung sowie der Einhaltung der betreffenden Vorschriften oder Anforderungen führen.</p> <p>In Europa werden parallel eigene Projekte zur Reform des EURIBOR verfolgt, bei der die Anwendung einer hybriden Methodik und als Ausweichmöglichkeit die Bezugnahme auf einen risikofreien Euro-Referenzsatz vorgesehen sind (basierend auf einem risikofreien Euro-Tagesgeldsatz, der anhand einer bestimmten Methodik zur Ermittlung eines Termin-Satzes angepasst wird). Am 13. September 2018 hat die "Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet" den Euro Short-term Rate ("€STR") als neuen risikofreien Referenzsatz empfohlen. Der €STR wird voraussichtlich ab Oktober 2019 von der EZB veröffentlicht. Darüber hinaus hat die "Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet" am 21. Januar 2019 eine Reihe von Leitlinien für Ersatzbestimmungen in Neuverträgen für auf Euro lautende Cash-</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Produkte (einschließlich Anleihen) veröffentlicht. In diesen Leitlinien wird unter anderem darauf hingewiesen, dass eine weitere Bezugnahme auf den EURIBOR in relevanten Kontrakten die Risiken des Finanzsystems im Eurogebiet erhöhen könnte.</p> <p>Es lässt sich nicht mit Sicherheit absehen, ob und in welchem Umfang bestimmte Benchmarks (einschließlich des 3-Monats-EURIBOR) in Zukunft weiterhin unterstützt werden. Dies führt unter Umständen dazu, dass sich Benchmarks anders als in der Vergangenheit entwickeln und andere unvorhersehbare Auswirkungen eintreten. Solche Faktoren könnten folgende Auswirkungen auf den 3-Monats-EURIBOR haben: (i) Marktteilnehmer könnten davon abgehalten werden, weiterhin die Verwaltung des 3-Monats-EURIBOR zu übernehmen bzw. dazu beizutragen, (ii) Änderungen des Regelwerks oder der Methodik des 3-Monats-EURIBOR könnten ausgelöst werden und/oder (iii) der 3-Monats-EURIBOR könnte wegfallen. Jede dieser Änderungen oder jede weitere Folgeänderung aufgrund von internationalen oder nationalen Reformen oder sonstigen Initiativen oder Untersuchungen könnte sich in wesentlicher Hinsicht nachteilig auf den Wert und den Ertrag der Schuldverschreibungen auswirken.</p> <p>Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass falls der 3-Monats-EURIBOR eingestellt wird bzw. anderweitig nicht verfügbar ist, der Emittentin seine weitere Verwendung untersagt oder seine Berechnungsmethode in wesentlicher Hinsicht geändert wird, auf die Schuldverschreibungen zahlbare Beträge gemäß den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Ausweichbestimmungen ermittelt werden, die unter Umständen nicht wie beabsichtigt Anwendung finden (in Abhängigkeit von den zum betreffenden Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen, u. a. aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich der Verfügbarkeit von Alternativsätzen). Dies kann sich unter bestimmten Umständen wie folgt auswirken: (i) die Berechnungsstelle oder ein von der Emittentin beauftragter Unabhängiger Berater oder die Emittentin selbst legt einen (zum betreffenden Zeitpunkt gegebenenfalls verfügbaren) Alternativsatz fest, der mit oder ohne Anwendung eines Anpassungs-Spread (der positiv oder negativ sein kann und angewendet würde, um eine Übertragung von wirtschaftlichem Wert zwischen der Emittentin und den Schuldverschreibungsgläubigern soweit als unter den gegebenen Umständen mit vertretbarem Aufwand möglich zu verringern oder zu beseitigen, die durch die Ersetzung des 3-Monats-EURIBOR ausgelöst würde) zu verwenden ist und nimmt die weiteren Anpassungen der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen vor, die er/sie als geeignet erachtet, um dieser Ersetzung Rechnung zu tragen; (ii) letztlich wird ein Festzinssatz herangezogen, der auf dem im vorangegangenen Zeitraum, in dem der 3-Monats-EURIBOR zur Verfügung stand, geltenden Satz beruht; (iii) die Schuldverschreibungen werden vorzeitig zurückgezahlt; oder (iv) es entsteht eine Situation, in der sich die Auswirkungen aus (i) und (ii) bzw. aus (ii) und (iii) gleichzeitig entfalten. Jede solche Ersetzung und Anpassung führt möglicherweise zur Anwendung eines Zinssatzes auf die Schuldverschreibungen, der sich von dem ursprünglich vorgesehenen 3-Monats-EURIBOR unterscheidet und sich anders entwickelt als der ursprünglich vorgesehene 3-Monats-EURIBOR, und ein solcher Alternativsatz wird ungeachtet etwaiger Änderungen der Markt- oder Branchenpraxis in Bezug auf die angemessene Ersetzung des ursprünglich vorgesehenen 3-Monats-EURIBOR für die gesamte Restlaufzeit der Schuldverschreibungen zur Berechnung des Zinssatzes verwendet, es sei denn, ein solcher Alternativsatz wird ebenfalls eingestellt oder ist anderweitig nicht mehr verfügbar, seine weitere Verwendung ist der Emittentin untersagt oder seine Berechnungsmethode wird in wesentlicher Hinsicht geändert. All dies könnte sich nachteilig auf den Wert oder die Liquidität oder die Rendite der Schuldverschreibungen auswirken.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin: Die Schuldverschreibungen sehen ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Emittentin vor. Die vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen kann zu negativen Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite führen, und der gezahlte Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen kann niedriger als der vom Gläubiger gezahlte Kaufpreis sein. In diesem Fall kann ein Teil- oder ein Totalverlust des eingesetzten Kapitals eintreten. Darüber hinaus können Gläubiger der Schuldverschreibungen bei einer Wiederanlage der vorzeitig ausgezahlten Beträge unter Umständen nur eine niedrigere Rendite als die der gekündigten Schuldverschreibungen erzielen.</p> <p>Verwendung der Erlöse von „grünen“ Schuldverschreibungen: Die Emittentin gibt keine Zusicherungen ab, (i) dass die Verwendung der Erlöse aus der Begebung der Schuldverschreibungen („Grüne Schuldverschreibungen“) für einen grünen Vermögenswert („Grüner Vermögenswert“) ganz oder teilweise die gegenwärtigen oder zukünftigen Erwartungen oder Anforderungen der Investoren in Bezug auf ihre Anlagekriterien oder -leitfäden erfüllen wird, (ii) im Hinblick auf die Umsetzung der den Grünen Vermögenswerten zugrundeliegenden Projekte und/oder anderen Aktivitäten, oder (iii) in Bezug auf eine Meinung oder Bestätigung eines Dritten (unabhängig davon, ob von der Emittentin beauftragt) („Grüne Einschätzung“), die im Zusammenhang mit der Emission der Grünen Schuldverschreibungen verfügbar ist und insbesondere im Zusammenhang mit Grünen Vermögenswerten, um Umwelt-, Nachhaltigkeits- und/oder sonstige Kriterien zu erfüllen. Ein Versäumnis bei der Einhaltung der auf die Grünen Schuldverschreibungen anwendbaren Kriterien oder eine Rücknahme der Grünen Einschätzung stellt keinen Kündigungsgrund unter den auf die Grünen Schuldverschreibungen anwendbaren Anleihebedingungen dar.</p> <p>Jedes Versäumnis, die Erlöse aus der Emission der Grünen Schuldverschreibungen für Grüne Vermögenswerte zu verwenden und/oder die Tatsache, dass die Grünen Schuldverschreibungen nicht mehr an einer Börse oder einem Wertpapiermarkt gelistet oder zum Handel zugelassen sind, kann sich erheblich nachteilig auf den Wert der Grünen Schuldverschreibungen auswirken und/oder nachteilige Folgen für bestimmte Investoren haben, deren Portfolio erfordert, dass sie in Wertpapiere investieren, die für einen bestimmten Zweck genutzt werden sollen.</p> <p>Beschlüsse der Schuldverschreibungsgläubiger: Die Emissionsbedingungen der Anleihen sehen vor, dass die Schuldverschreibungsgläubiger Änderungen der Emissionsbedingungen durch Mehrheitsbeschluss zustimmen können. Ein Schuldverschreibungsgläubiger ist somit dem Risiko ausgesetzt, überstimmt zu werden und seine Rechte gegenüber der Emittentin gegen seinen Willen zu verlieren. Darüber hinaus sehen die Emissionsbedingungen die Möglichkeit der Bestellung eines gemeinsamen Vertreters für sämtliche Schuldverschreibungsgläubiger vor. Wird ein solcher gemeinsamer Vertreter bestellt, ist es einem Schuldverschreibungsgläubiger unter Umständen gar nicht mehr oder nur teilweise möglich, seine Rechte gegenüber der Emittentin unabhängig von den anderen Schuldverschreibungsgläubigern durchzusetzen und geltend zu machen.</p> <p>Besteuerung: Potenzielle Erwerber und Verkäufer der Schuldverschreibungen sollten berücksichtigen, dass sie gemäß den Gesetzen und Praktiken des Landes, in dem eine Übertragung der Schuldverschreibungen und/oder Lieferung von Vermögenswerten erfolgt, zur Zahlung von Stempelsteuern und anderen Urkundsgebühren verpflichtet sein können.</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>Kein Steuerausgleich: Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge auf Schuldverschreibungen zu zahlen, bei denen steuerliche Abzugszahlungen vorgenommen werden, und alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden unter Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben oder staatlichen Gebühren gleich welcher Art gezahlt, die im Wege eines Einbehalts oder Abzugs erhoben, auferlegt oder eingezogen werden, sofern ein solcher Einbehalt oder Abzug gesetzlich vorgeschrieben ist (u. a. gemäß einer Vereinbarung im Sinne von <i>Section 1471(b)</i> des U.S. Internal Revenue Code von 1986 (der "Code"), oder anderweitig gemäß <i>Sections 1471 bis 1474</i> des Code oder gemäß sonstiger im Code vorgesehener Vorschriften oder Vereinbarungen oder gemäß offizieller Auslegungen des Code ("FATCA") oder gemäß etwaiger Rechtsvorschriften zur Umsetzung von FATCA auf zwischenstaatlicher Ebene).</p> <p>Währungsrisiko und Risiko der Devisenkontrolle: Lauten Schuldverschreibungen auf eine Währung, die für einen Anleger eine Fremdwährung darstellt, so ist dieser Anleger dem Risiko von Wechselkursschwankungen ausgesetzt, welche die Rendite dieser Schuldverschreibungen beeinflussen können. Regierungs- und Währungsbehörden können (wie es in der Vergangenheit bereits teilweise geschehen ist) Devisenkontrollen einführen, die sich nachteilig auf einen geltenden Wechselkurs auswirken können.</p> <p>FATCA-Quellensteuer: Die Emittentin kann möglicherweise verpflichtet werden, U.S.-Steuern gemäß bestimmten FATCA Vorschriften einzubehalten.</p> <p>Liquiditätsrisiko: Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte der Fall eintreten, dass ein Anleger seine Schuldverschreibungen nicht jederzeit zu angemessenen Marktpreisen veräußern kann. Die Möglichkeit, Schuldverschreibungen zu veräußern, kann darüber hinaus aus landesspezifischen Gründen eingeschränkt sein.</p> <p>Marktpreisrisiko: Die Schuldverschreibungsgläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Schuldverschreibungen ausgesetzt, welches sich verwirklichen kann, wenn sie die Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit veräußern.</p> <p>Ratings tragen unter Umständen nicht allen Risiken Rechnung: Den Schuldverschreibungen kann von einer oder mehreren unabhängigen Rating-Agenturen ein Rating zugewiesen werden. Wenn die Schuldverschreibungen ein Rating erhalten, ist dieses Rating nicht notwendigerweise mit dem Rating anderer künftig im Rahmen des Euro 80.000.000.000 Debt Issuance Programme der Emittentin zu begebender Wertpapiere identisch. Ein Rating trägt unter Umständen nicht sämtlichen Risiken in Bezug auf die Struktur, den Markt, weitere vorstehend genannte Faktoren oder sonstige Faktoren und ihren möglichen Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen Rechnung.</p> <p>Rechtliche Anlagebestimmungen können bestimmte Anlagen einschränken: Die Anlagetätigkeit bestimmter Anleger unterliegt gesetzlichen Anlagevorschriften und – beschränkungen bzw. der Prüfung oder Aufsicht durch bestimmte Behörden. Jeder potenzielle Anleger sollte seine Rechtsberater konsultieren, um festzustellen, ob und inwieweit (a) die Schuldverschreibungen eine für ihn rechtlich zulässige Anlageform darstellen, (b) die Schuldverschreibungen als Sicherheit für verschiedene Arten der Kreditaufnahme eingesetzt werden können und (c) für ihn sonstige Beschränkungen hinsichtlich des Kaufs oder der Verpfändung von Schuldverschreibungen gelten. Finanzinstitute sollten ihre Rechtsberater oder die zuständigen Aufsichtsbehörden</p>

Punkt	Geforderte Angaben	
		<p>bezüglich der richtigen Behandlung der Schuldverschreibungen gemäß anwendbaren Risikokapital- oder ähnlichen Vorschriften konsultieren.</p> <p>Aufsichtsrechtliches Bail-in: Im Falle, dass die Emittentin nicht mehr in der Lage ist, ihre aufsichtsrechtlichen Bankgeschäfte weiter zu betreiben, oder die Emittentin entsprechend behandelt wird, können die Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen durch Beschluss der zuständigen Abwicklungsbehörden einer Herabschreibung, auch bis auf null, oder der Umwandlung in Instrumente (wie beispielsweise Stammaktien), die Teil des harten Kernkapitals der Emittentin bilden, unterliegen.</p>

Abschnitt E — Angebot

Punkt	Geforderte Angaben	
E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse	Refinanzierung „grüner“ Vermögenswerte in Übereinstimmung mit dem Rahmenwerk für Grüne Anleihen der Emittentin vom 1 April 2020.
E.3	Angebotskonditionen	<p>Die Schuldverschreibungen werden im Wege eines öffentlichen Angebots an nicht-qualifizierte und qualifizierte Anleger auf syndizierter Basis vertrieben.</p> <p>Das Gesamtvolumen des Angebots beträgt EUR 500.000.000. Die Festgelegte Stückelung je Schuldverschreibung beträgt EUR 1.000. Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen beträgt 99,938 % der Festgelegten Stückelung. Der Angebotszeitraum beginnt am 8. Juni 2020 (einschließlich) und endet am 10 Juni 2020 (einschließlich). Der Angebotszeitraum kann von der Emittentin verkürzt oder verlängert werden.</p>
E.4	Interesse, das für die Emission/das Angebot wesentlich ist, einschließlich Interessenkonflikten	Entfällt. Soweit der Emittentin bekannt ist, liegen bei keiner Person, die bei dem Angebot der Schuldverschreibungen beteiligt ist, Interessenkonflikte vor, die wesentlich für das Angebot sind.
E.7	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger von der Emittentin oder von dem Anbieter in Rechnung gestellt werden	Entfällt. Die Emittentin wird Anlegern keine Ausgaben in Rechnung stellen.

SUMMARY

Summaries are made up of disclosure requirements known as 'Elements'. These Elements are numbered in Sections A – E (A.1 – E.7).

This summary contains all the Elements required to be included in a summary for securities of the type of the Securities and an issuer of the type of the Issuer. Because some Elements are not required to be addressed, there may be gaps in the numbering sequence of the Elements.

Even though an Element may be required to be inserted in this summary because of the type of Securities and Issuer, it is possible that no relevant information can be given regarding the Element. In this case a short description of the Element is included in this summary with the statement of 'Not applicable'.

Section A — Introduction and Warnings

Element	Disclosure requirement	
A.1	Warnings	<p>Warning that</p> <ul style="list-style-type: none"> • this summary should be read as an introduction to the Prospectus; • any decision to invest in the Securities should be based on consideration of the Prospectus as a whole by the investor; • where a claim relating to the information contained in the Prospectus is brought before a court, the plaintiff investor might, under the national legislation of the Member States, have to bear the costs of translating the Prospectus before the legal proceedings are initiated; • civil liability attaches only to those persons who have tabled this summary, including any translation thereof, but only if this summary is misleading, inaccurate or inconsistent when read together with the other parts of the Prospectus or it does not provide, when read together with the other parts of the Prospectus, key information in order to aid investors when considering whether to invest in such Securities.
A.2	Consent to use the Prospectus	<p>Deutsche Bank Aktiengesellschaft, ABN Amro Bank N.V., Crédit Agricole Corporate and Investment Bank, ING Bank N.V., Nomura International plc, Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ) (the Lead Managers) are entitled to use the Prospectus for the subsequent resale or final placement of the Securities in the Offer Jurisdictions during the offer period for the subsequent resale or final placement of the Securities from (and including) 8 June 2020 to (and including) 10 June 2020 (which may be shortened or extended by the Issuer), provided however, that the Prospectus is still valid in accordance with Article 11(2) of the Luxembourg Law relating to prospectuses for securities (<i>Loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières</i>) which implements Directive 2003/71/EC of the European Parliament and of the Council of 4 November 2003 (as amended or superseded).</p> <p>"Offer Jurisdictions" means Germany, Luxembourg, Austria, the Netherlands, the United Kingdom Great Britain and Northern Ireland and Ireland.</p> <p>The Prospectus may only be delivered to potential investors together with all supplements published before such delivery. Any supplement to the Prospectus will be available for viewing in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu) and on the website of the Issuer (www.db.com/ir).</p> <p>When using the Prospectus, each Lead Manager must make certain that it complies with all applicable laws and regulations in force in the respective jurisdictions.</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>In the event of an offer being made by a Lead Manager it shall provide information to investors on the terms and conditions of the Securities at the time of that offer.</p> <p>The Issuer may in its sole discretion revoke any such consent.</p>

Section B — Issuer

Element	Disclosure requirement	
B.1	Legal and commercial name of the Issuer	The legal and commercial name of the Issuer is Deutsche Bank Aktiengesellschaft (" Deutsche Bank " or the " Bank ").
B.2	Domicile, legal form, legislation, country of incorporation	Deutsche Bank is a stock corporation (<i>Aktiengesellschaft</i>) under German law. The Bank has its registered office in Frankfurt am Main, Germany. It maintains its head office at Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Germany.
B.4b	Known trends affecting the Issuer and the industries in which it operates	With the exception of the effects of the macroeconomic conditions and market environment, litigation risks associated with the financial markets crisis as well as the effects of legislation and regulations applicable to financial institutions in Germany and the European Union, there are no known trends, uncertainties, demands, commitments or events that are reasonably likely to have a material effect on the Issuer's prospects in its current financial year.
B.5	Description of the group and the Issuer's position within the group	Deutsche Bank is the parent company and the most material entity of Deutsche Bank Group, a group consisting of banks, capital market companies, fund management companies, property finance companies, instalment financing companies, research and consultancy companies and other domestic and foreign companies (the " Deutsche Bank Group ").
B.9	Profit forecasts or estimate	Not applicable. No profit forecast or estimate is made.
B.10	Qualifications in the audit report	Not applicable. There are no qualifications in the audit report on the historical financial information.
B.12	Selected historical key financial information	The following table shows an overview from the balance sheet of Deutsche Bank AG which has been extracted from the respective audited consolidated financial statements prepared in accordance with IFRS as of 31 December 2018 and 31 December 2019 as well as from the unaudited consolidated interim financial information as of 31 March 2019 and from the unaudited consolidated interim financial information as of 31 March 2020. The information on share capital (in EUR) and number of ordinary shares is based on the internal accounting of Deutsche Bank and is unaudited.

Element	Disclosure requirement					
			31 December 2018	31 March 2019	31 December 2019	31 March 2020
		Share capital (in EUR)	5,290,939,215.36	5,290,939,215.36	5,290,939,215.36	5,290,939,215.36
		Number of ordinary shares	2,066,773,131	2,066,773,131	2,066,773,131	2,066,773,131
		Total assets (in million Euro)	1,474,732	1,437,179	1,297,674	1,491,203
		Total liabilities (in million Euro)	1,406,633	1,367,985	1,235,515	1,427,843
		Total equity (in million Euro)	68,099	69,194	62,160	63,360
		Common Equity Tier 1 capital ratio	14.8%	13.7%	13.6%	12.8%
	No material adverse change in the prospects	There has been no material adverse change in the prospects of Deutsche Bank since 31 December 2019.				
	Significant changes in the financial or trading position	Not applicable. There has been no significant change in the financial position or trading position of Deutsche Bank since 31 March 2020.				
B.13	Recent events material to the Issuer's solvency	Not applicable. There are no recent events particular to the Issuer which are to a material extent relevant to the evaluation of the Issuer's solvency.				
B.14	Dependence upon group entities	Please read the following information together with Element B.5. Not applicable. The Issuer is not dependent upon other entities.				
B.15	Issuer's principal activities	<p>The objects of Deutsche Bank, as laid down in its Articles of Association, include the transaction of all kinds of banking business, the provision of financial and other services and the promotion of international economic relations. The Bank may realise these objectives itself or through subsidiaries and affiliated companies. To the extent permitted by law, the Bank is entitled to transact all business and to take all steps which appear likely to promote the objectives of the Bank, in particular to acquire and dispose of real estate, to establish branches at home and abroad, to acquire, administer and dispose of participations in other enterprises, and to conclude enterprise agreements.</p> <p>Deutsche Bank is organized into the following segments:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Corporate Bank (CB); — Investment Bank (IB); 				

Element	Disclosure requirement																			
		<ul style="list-style-type: none"> — Private Bank (PB); — Asset Management (AM); — Capital Release Unit (CRU); and — Corporate & Other (C&O). <p>In addition, Deutsche Bank has a country and regional organizational layer to facilitate a consistent implementation of global strategies.</p> <p>The Bank has operations or dealings with existing and potential customers in most countries in the world. These operations and dealings include working through:</p> <ul style="list-style-type: none"> — subsidiaries and branches in many countries; — representative offices in many other countries; and — one or more representatives assigned to serve customers in a large number of additional countries. 																		
B.16	Controlling persons	<p>Not applicable. Based on notifications of major shareholdings pursuant to the German Securities Trading Act (<i>Wertpapierhandelsgesetz, WpHG</i>), there are only six shareholders holding more than 3 but less than 10 per cent. of the Issuer's shares or to whom more than 3 but less than 10 per cent. of voting rights are attributed. To the Issuer's knowledge there is no other shareholder holding more than 3 per cent. of the shares or voting rights. The Issuer is thus not directly or indirectly majority-owned or controlled.</p>																		
B.17	Credit ratings of the Issuer and the Securities	<p>Issuer Ratings</p> <p>Deutsche Bank is rated by Moody's Investors Service, Inc. ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P"), Fitch Ratings Limited ("Fitch") and DBRS Ratings GmbH ("DBRS", and together with Fitch, S&P and Moody's, the "Rating Agencies"). S&P, Fitch and DBRS are established in the European Union and have been registered in accordance with Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009, as amended, on credit rating agencies (the "CRA Regulation"). With respect to Moody's, the credit ratings are endorsed by Moody's office in the UK (Moody's Investors Service Ltd.) in accordance with Article 4(3) of the CRA Regulation.</p> <p>As of the date of the Prospectus or the latest supplement thereto, if applicable, the following ratings were assigned to Deutsche Bank for its long-term non-preferred senior debt and its short-term senior debt:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Moody's</td> <td style="width: 55%;">Long-term non-preferred senior debt:</td> <td style="width: 30%;">Baa3</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Short-term senior debt:</td> <td>P-2</td> </tr> <tr> <td>S&P</td> <td>Long-term non-preferred senior debt:</td> <td>BBB-</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Short-term senior debt:</td> <td>A-2</td> </tr> <tr> <td>Fitch</td> <td>Long-term non-preferred senior debt:</td> <td>BBB (Rating Watch Negative)</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Short-term senior debt:</td> <td>F2</td> </tr> </table>	Moody's	Long-term non-preferred senior debt:	Baa3		Short-term senior debt:	P-2	S&P	Long-term non-preferred senior debt:	BBB-		Short-term senior debt:	A-2	Fitch	Long-term non-preferred senior debt:	BBB (Rating Watch Negative)		Short-term senior debt:	F2
Moody's	Long-term non-preferred senior debt:	Baa3																		
	Short-term senior debt:	P-2																		
S&P	Long-term non-preferred senior debt:	BBB-																		
	Short-term senior debt:	A-2																		
Fitch	Long-term non-preferred senior debt:	BBB (Rating Watch Negative)																		
	Short-term senior debt:	F2																		

Element	Disclosure requirement	
		<p>DBRS Long-term non-preferred senior debt: BBB (high) (negative)</p> <p>Short-term senior debt: R-1 (low) (stable)</p> <p>Securities Rating</p> <p>Moody's, S&P and Fitch are expected to assign the following ratings to the Securities: A3 (Moody's); BBB+ (S&P); BBB+ (Fitch) .</p>

Section C — Securities

Element	Disclosure requirement	
C.1	Type and class of the Securities being offered and/or admitted to trading, including any security identification number	<p>The EUR 500,000,000 Fixed to Floating Rate Green Notes (the "Securities") are Notes.</p> <p>Security Identification Numbers:</p> <p>ISIN: DE000DL19VD6</p> <p>WKN: DL19VD</p> <p>Common Code: 218629997</p>
C.2	Currency	The Securities are issued in Euro.
C.5	Restrictions on free transferability	Not applicable. The Securities are freely transferable in accordance with applicable law and any rules and procedures for the time being of any clearing system through whose books the Securities are transferred.
C.8	Rights attached to the Securities, including ranking and limitations of those rights	<p>Rights attached to the Securities</p> <p>Each holder of the Securities (a "Securityholder") has the right vis-à-vis the Issuer to claim payment of a redemption amount and interest when such payments are due in accordance with the terms and conditions of the Securities.</p> <p>Prior to the Issuer's insolvency or liquidation, any payment claims under the Securities will be subject to then applicable laws that provide for the reduction, including to zero, of any such payment claims or the conversion of such payment claims to instruments that constitute common equity tier 1 capital of the Issuer, such as ordinary shares (regulatory bail-in).</p> <p>Status of the Securities</p> <p>The Securities are intended to qualify as eligible liabilities for the minimum requirement for own funds and eligible liabilities of the Issuer.</p> <p>The obligations under the Securities constitute unsecured and unsubordinated preferred obligations of the Issuer ranking <i>pari passu</i> among themselves and with other unsecured and unsubordinated obligations of the Issuer, subject, however, to statutory priorities conferred to certain unsecured and unsubordinated obligations in the event of resolution measures being imposed on the Issuer or in the event of the dissolution, liquidation, insolvency, composition or other proceedings for the avoidance of insolvency, or against, the Issuer. Pursuant to § 46f(5) of the German Banking Act (<i>Kreditwesengesetz</i>, "KWG"), the obligations under the Securities rank in</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>priority of those under debt instruments of the Issuer within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision.</p> <p>In accordance with §10(5) KWG, no Securityholder may set off its claims arising under the Securities against any claims of the Issuer. No collateral or guarantee shall be provided at any time to secure claims of the Securityholders under the Securities; any collateral or guarantee already provided or granted in the future in connection with other liabilities of the Issuer may not be used for claims under the Securities.</p> <p>No subsequent agreement may enhance the seniority of the obligations or shorten the term of the Securities or any applicable notice period. Any redemption, repurchase or termination of the Securities prior to their scheduled maturity is subject to the prior approval of the competent authority, if legally required. If the Securities are redeemed or repurchased otherwise than (i) in the circumstances described in the terms and conditions of the Securities or (ii) as a result of a redemption or repurchase as set forth in the terms and conditions of the Securities, then the amounts paid must be returned to the Issuer irrespective of any agreement to the contrary.</p> <p>Form of the Securities</p> <p>The Securities will be issued in bearer form.</p> <p>Governing law</p> <p>The Securities will be governed by, and construed in accordance with, German law.</p> <p>Jurisdiction</p> <p>Non-exclusive place of jurisdiction for any legal proceedings arising under the Securities is Frankfurt am Main, Germany.</p> <p>Negative pledge</p> <p>The Terms and Conditions of the Securities do not contain a negative pledge provision.</p> <p>Events of Default and Cross Default</p> <p>The Securities do not include events of default entitling its holders to demand immediate redemption of the Securities.</p> <p>The Securities do not include a cross-default clause.</p> <p>Early redemption for taxation reasons</p> <p>The Securities are not subject to early redemption for taxation reasons.</p> <p>Meetings of Securityholders</p> <p>In accordance with the German Bond Act (<i>Schuldverschreibungsgesetz</i>) the Securities contain provisions pursuant to which Securityholders may agree by resolution to amend the Terms and Conditions (with the consent of the Issuer) and to decide upon certain other matters regarding the Securities. Resolutions of Securityholders properly adopted, by vote taken without a meeting in accordance with the Terms and Conditions, are binding upon all Securityholders. Resolutions providing for material amendments to the Terms and Conditions require a majority of not less than 75 per cent. of the votes cast. Resolutions relating to amendments to the Terms</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>and Conditions which are not material, require a simple majority of not less than 50 per cent. of the votes cast.</p> <p>Prescription</p> <p>The rights to payment of principal under the Securities are subject to prescription within a period of two years. The prescription period begins at the end of the period during which the Securities must be duly presented which is reduced to 10 years. Statutory presentation and prescription periods apply to payments of interest.</p>
C.9	<p>Nominal interest rate, date from which interest becomes payable and the due dates for interest, and, where the interest rate is not fixed, description of the underlying on which it is based, maturity date and arrangement for loan amortisation, including the repayment procedure, an indication of yield and name of representative of Securityholders</p>	<p>Please read the following information together with Element C.8.</p> <p>Interest</p> <p>The applicable interest basis under the Securities will change from fixed to floating on 10 June 2025 (the "Interest Switch Date").</p> <p>Interest will be payable in arrear on 10 June 2021, 10 June 2022, 10 June 2023, 10 June 2024, 10 June 2025, each subject to adjustment for non-business days in respect of payments only, and 10 September 2025, 10 December 2025, 10 March 2026 and 10 June 2026, each subject to adjustment for non-business days (each such date, an "Interest Payment Date").</p> <p>The Securities bear fixed interest in respect of each Interest Period I in arrear from their issue date (and including) up to 10 June 2025 at a rate of 1.375 per cent. <i>per annum</i>.</p> <p>The "Interest Periods I" are the periods from (and including) 10 June 2020 to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) an Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date up to (but excluding) 10 June 2025.</p> <p>The amount of interest payable in respect of an Interest Period I on the relevant Interest Payment Date shall be EUR 13.75 per Security.</p> <p>The "Day Count Fraction" in respect of an Interest Period I is the actual number of days in the Accrual Period divided by the actual number of days in the respective Interest Period.</p> <p>The Securities bear variable interest from (and including) 10 June 2025 in respect of each Interest Period II.</p> <p>The "Interest Periods II" are the periods from (and including) 10 June 2025 to (but excluding) the first following Interest Payment Date and thereafter from (and including) an Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date.</p> <p>The amount of interest payable in respect of an Interest Period II on the relevant Interest Payment Date shall be an equal to the product of (a) the aggregate outstanding principal amount of the Securities represented by the global security, (b) the Rate of Interest and (c) the Day Count Fraction, in each case for such Interest Period II.</p> <p>The "Day Count Fraction" is in respect of a Rate of Interest II Period the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.</p> <p>The "Rate of Interest" for each Interest Period II is the Reference Rate plus 1.67 per cent. <i>per annum</i>.</p> <p>The "Reference Rate" is</p> <p style="padding-left: 40px;">the rate (expressed as a percentage rate <i>per annum</i>) for deposits in Euro for the relevant Interest Period which appears on the Screen Page as of 11:00</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>a.m. (Brussels time) (3-months EURIBOR) (the "Floating Rate") on the Interest Determination Day or, if the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Floating Rate applied in respect of the last preceding Interest Determination Day or, if none, the Rate of Interest in respect of the last preceding Interest Period</p> <p>"Interest Determination Day" means the second TARGET-Business Day prior to the commencement of the relevant Interest Period.</p> <p>"TARGET-Business Day" means a day (other than Saturday or Sunday) on which the TARGET2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System) settles payments.</p> <p>"Screen Page" means Reuters screen EURIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as information vendor for the purposes of displaying the relevant rate.</p> <p>Maturity and Redemption</p> <p>Subject to any early redemption or cancellation, the Securities will be redeemed at par on the Maturity Date which is 10 June 2026.</p> <p>The Securities may be early redeemed at the option of the Issuer on a Call Redemption Date at the relevant Call Redemption Amount.</p> <p>Joint Representative</p> <p>In accordance with the German Bond Act (<i>Schuldverschreibungsgesetz</i>) the Notes provide that the Securityholders may by majority resolution appoint a representative for all Securityholders (the "Joint Representative"). The responsibilities and functions assigned to the Joint Representative appointed by a resolution are determined by the German Bond Act and by majority resolutions of the Securityholders.</p>
C.10	Derivative component in interest payment	<p>Please read the following information together with Element C.9.</p> <p>Not applicable. The Securities have no derivative component in the interest payment.</p>
C.11	Application for admission to trading, with a view to the distribution of the Securities on a regulated market or other equivalent markets with indication of the markets in question	<p>Application will be made for the Securities to be admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange (LGX segment), which is a regulated market for the purposes of the Directive 2014/65/EU on markets in financial instruments, as amended (MiFID II).</p>

Section D — Risks

Element	Disclosure requirement	
D.2	Key information on the key risks that are specific to the Issuer	<p>Investors will be exposed to the risk of the Issuer becoming insolvent as result of being overindebted or unable to pay debts, i.e. to the risk of a temporary or permanent inability to meet interest and/or principal payments on time. The Issuer's credit ratings reflect the assessment of these risks.</p> <p>Factors that may have a negative impact on Deutsche Bank's profitability are described in the following:</p> <ul style="list-style-type: none"> – As a global investment bank with a large private client franchise, its businesses are materially affected by global macroeconomic and financial market conditions. Significant risks exist that could negatively affect the results of operations and financial condition in some of its businesses as well as its strategic plans, including deterioration of the economic outlook for the euro area and slowing in emerging markets, trade tensions between the United States and China as well between the United States and Europe, inflation risks, geopolitical risks and risks posed by the COVID 19 pandemic. – Deutsche Bank is subject to global economic, market and business risks with respect to the current COVID 19 pandemic. – In the European Union, continued elevated levels of political uncertainty could have unpredictable consequences for the financial system and the greater economy, and could contribute to European de-integration in certain areas, potentially leading to declines in business levels, write-downs of assets and losses across its businesses. Deutsche Bank's ability to protect ourselves against these risks is limited. – The withdrawal of the United Kingdom from the European Union – Brexit – may have adverse effects on its business, results of operations or strategic plans. – Deutsche Bank may be required to take impairments on its exposures to the sovereign debt of European or other countries if the European sovereign debt crisis reignites. The credit default swaps into which Deutsche Bank has entered to manage sovereign credit risk may not be available to offset these losses. – Deutsche Bank is also subject to other global macroeconomic and political risks, including with respect to the Middle East. – Deutsche Bank's results of operation and financial condition continue to be negatively impacted by the challenging market environment, uncertain macroeconomic and geopolitical conditions, lower levels of client activity, increased competition and regulation, and the immediate impact of its strategic decisions. If Deutsche Bank is unable to improve its profitability as Deutsche Bank continues to face these headwinds, Deutsche Bank may be unable to meet many of its strategic aspirations, and may have difficulty maintaining capital, liquidity and leverage at levels expected by market participants and its regulators. – Adverse market conditions, asset price deteriorations, volatility and cautious investor sentiment have affected and may in the future materially and adversely affect its revenues and profits, particularly in its investment banking, brokerage and other commission- and fee-based businesses. As a result, Deutsche Bank has in the past incurred and may in the future incur

Element	Disclosure requirement	
		<p>significant losses from its trading and investment activities.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Deutsche Bank's liquidity, business activities and profitability may be adversely affected by an inability to access the debt capital markets or to sell assets during periods of market-wide or firm-specific liquidity constraints. Credit rating downgrades have contributed to an increase in its funding costs, and any future downgrade could materially adversely affect its funding costs, the willingness of counterparties to continue to do business with us and significant aspects of its business model. - On 7 July 2019, Deutsche Bank announced changes to its strategy and updates to its financial targets. If Deutsche Bank is unable to implement its strategic plans successfully, Deutsche Bank may be unable to achieve its financial objectives, or Deutsche Bank may incur losses, including further impairments and provisions, or low profitability, and its financial condition, results of operations and share price may be materially and adversely affected. - Deutsche Bank may have difficulties selling companies, businesses or assets at favorable prices or at all and may experience material losses from these assets and other investments irrespective of market developments. - Deutsche Bank may have difficulty in identifying and executing business combinations, and both engaging in combinations and avoiding them could materially harm its results of operations and its share price. - Intense competition, in its home market of Germany as well as in international markets, has and could continue to materially adversely impact its revenues and profitability. - Regulatory reforms enacted and proposed in response to weaknesses in the financial sector, together with increased regulatory scrutiny more generally, have had and continue to have a significant impact on us and may adversely affect its business and ability to execute its strategic plans. Competent regulators may prohibit us from making dividend payments or payments on its regulatory capital instruments or take other actions if Deutsche Bank fails to comply with regulatory requirements. - Regulatory and legislative changes require us to maintain increased capital and bail-inable debt (debt that can be bailed in in resolution) and abide by tightened liquidity requirements. These requirements may significantly affect its business model, financial condition and results of operations as well as the competitive environment generally. Any perceptions in the market that Deutsche Bank may be unable to meet its capital or liquidity requirements with an adequate buffer, or that Deutsche Bank should maintain capital or liquidity in excess of these requirements or another failure to meet these requirements could intensify the effect of these factors on its business and results. - In some cases, Deutsche Bank is required to hold and calculate capital and to comply with rules on liquidity and risk management separately for its local operations in different jurisdictions, in particular in the United States. - Deutsche Bank's regulatory capital and liquidity ratios and its funds available for distributions on its shares or regulatory capital instruments will be affected

Element	Disclosure requirement	
		<p>by its business decisions and, in making such decisions, its interests and those of the holders of such instruments may not be aligned, and Deutsche Bank may make decisions in accordance with applicable law and the terms of the relevant instruments that result in no or lower payments being made on its shares or regulatory capital instruments.</p> <ul style="list-style-type: none"> – European and German legislation regarding the recovery and resolution of banks and investment firms could, if steps were taken to ensure its resolvability or resolution measures were imposed on us, significantly affect its business operations, and lead to losses for its shareholders and creditors. – Other regulatory reforms adopted or proposed in the wake of the financial crisis – for example, extensive new regulations governing its derivatives activities, compensation, bank levies, deposit protection, data protection or a possible financial transaction tax – may materially increase its operating costs and negatively impact its business model. – A robust and effective internal control environment and adequate infrastructure (comprising people, policies and procedures, controls testing and IT systems) are necessary to ensure that Deutsche Bank conducts its business in compliance with the laws, regulations and associated supervisory expectations applicable to us. Deutsche Bank has identified the need to strengthen its internal control environment and infrastructure and have embarked on initiatives to accomplish this. If these initiatives are not successful or are delayed, its reputation, regulatory position and financial condition may be materially adversely affected, and its ability to achieve its strategic ambitions may be impaired. – The BaFin has ordered us to improve its control and compliance infrastructure relating to its anti-money laundering and know-your-client processes, and appointed a special representative to monitor these measures' implementation. Deutsche Bank's results of operations, financial condition and reputation could be materially and adversely affected if Deutsche Bank is unable to significantly improve its infrastructure and control environment by the set deadline. – Deutsche Bank operates in a highly and increasingly regulated and litigious environment, potentially exposing us to liability and other costs, the amounts of which may be substantial and difficult to estimate, as well as to legal and regulatory sanctions and reputational harm. – Deutsche Bank is currently the subject of industry-wide investigations by regulatory and law enforcement agencies relating to interbank and dealer offered rates, as well as civil actions. Due to a number of uncertainties, including those related to the high profile of the matters and other banks' settlement negotiations, the eventual outcome of these matters is unpredictable, and may materially and adversely affect its results of operations, financial condition and reputation. – Regulators and law enforcement authorities are investigating, among other things, its compliance with the U.S. Foreign Corrupt Practices Act and other laws with respect to its engagement of finders and consultants. – Deutsche Bank is currently involved in civil proceedings in connection with its voluntary takeover offer for the acquisition of all shares of Postbank. The

Element	Disclosure requirement	
		<p>extent of its financial exposure to this matter could be material, and its reputation may be harmed.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="550 387 1461 573">– Deutsche Bank has investigated the circumstances around equity trades entered into by certain clients in Moscow and London and have advised regulators and law enforcement authorities in several jurisdictions about those trades. In the event that violations of law or regulation are found to have occurred, any resulting penalties against us may materially and adversely affect its results of operations, financial condition and reputation. <li data-bbox="550 611 1461 1081">– Deutsche Bank is currently the subject of industry-wide inquiries and investigations by regulatory and law enforcement authorities relating to transactions of clients in German shares around the dividend record dates for the purpose of obtaining German tax credits or refunds in relation to withholding tax levied on dividend payments (so-called cum-ex transactions). In addition, Deutsche Bank is exposed to potential tax liabilities and to the assertion of potential civil law claims by third parties, e.g. former counterparties, custodian banks, investors and other market participants, including as a consequence of criminal judgements in criminal proceedings in which Deutsche Bank is not directly involved. Due to a number of uncertainties, including the development of investigations, court proceedings, administrative actions by authorities and the assertion of claims by third parties, the eventual outcome of these matters is unpredictable, and may materially and adversely affect its results of operations, financial condition and reputation. <li data-bbox="550 1120 1461 1305">– Deutsche Bank is under continuous examination by tax authorities in the jurisdictions in which Deutsche Bank operates. Tax laws are increasingly complex and are evolving. The cost to us arising from the resolution of routine tax examinations, tax litigation and other forms of tax proceedings or tax disputes may increase and may adversely affect its business, financial condition and results of operation. <li data-bbox="550 1344 1461 1529">– Deutsche Bank is currently involved in a legal dispute with the German tax authorities in relation to the tax treatment of certain income received with respect to its pension plan assets. The proceeding is pending in front of the German supreme fiscal court (Bundesfinanzhof). Should the courts ultimately rule in favor of the German tax authorities, the outcome could have a material effect on its comprehensive income and financial condition. <li data-bbox="550 1568 1461 1720">– U.S. Congressional committees and other U.S. governmental entities have sought and may seek information from us concerning potential dealings between us and the U.S. executive branch, the President, his family and other close associates, exposing us in particular to risk to its reputation and potential loss of business as a result of extensive media attention. <li data-bbox="550 1758 1461 1883">– Deutsche Bank has received requests for information from regulatory and law enforcement agencies concerning its correspondent banking relationship with Danske Bank, exposing us in particular to risk to its reputation and potential loss of business as a result of extensive media attention. <li data-bbox="550 1921 1461 2031">– Deutsche Bank has received requests for information from regulatory and law enforcement agencies concerning its anti-financial crime controls, including in the United States. Should any of the investigations result in a finding that the Bank failed to comply with applicable law, the Bank could be exposed to

Element	Disclosure requirement	
		<p>material fines, limitations on business, remedial undertakings and/or criminal prosecution, as well as risk to its reputation and potential loss of business as a result of extensive media attention.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Guilty pleas by or convictions of us or its affiliates in criminal proceedings may have consequences that have adverse effects on certain of its businesses. – In addition to its traditional banking businesses of deposit-taking and lending, Deutsche Bank also engages in nontraditional credit businesses in which credit is extended in transactions that include, for example, its holding of securities of third parties or its engaging in complex derivative transactions. These nontraditional credit businesses materially increase its exposure to credit risk. – A substantial proportion of its assets and liabilities comprise financial instruments that Deutsche Bank carries at fair value, with changes in fair value recognized in its income statement. As a result of such changes, Deutsche Bank has incurred losses in the past, and may incur further losses in the future. – Pursuant to accounting rules, Deutsche Bank must periodically test the value of the goodwill of its businesses and the value of its other intangible assets for impairment. In the event such test determines that criteria for impairment exists, Deutsche Bank is required under accounting rules to write down the value of such asset. Impairments of goodwill and other intangible assets have had and may have a material adverse effect on its profitability results of operations. – Pursuant to accounting rules, Deutsche Bank must review its deferred tax assets at the end of each reporting period. To the extent that it is no longer probable that sufficient taxable income will be available to allow the benefit of part or all of deferred tax assets to be utilized, Deutsche Bank has to reduce the carrying amounts. These reductions have had and may in the future have material adverse effects on its profitability, equity and financial condition. – Deutsche Bank is exposed to pension risks which can materially impact the measurement of its pension obligations, including interest rate, inflation and longevity risks that can materially impact its earnings. – Deutsche Bank's risk management policies, procedures and methods leave us exposed to unidentified or unanticipated risks, which could lead to material losses. – Operational risks, which may arise from errors in the performance of its processes, the conduct of its employees, instability, malfunction or outage of its IT system and infrastructure, or loss of business continuity, or comparable issues with respect to its vendors, may disrupt its businesses and lead to material losses. – Deutsche Bank utilizes a variety of vendors in support of its business and operations. Services provided by vendors pose risks to us comparable to those Deutsche Bank bears when Deutsche Bank performs the services ourselves, and Deutsche Bank remains ultimately responsible for the services its vendors provide. Furthermore, if a vendor does not conduct business in

Element	Disclosure requirement	
		<p>accordance with applicable standards or its expectations, Deutsche Bank could be exposed to material losses or regulatory action or litigation or fail to achieve the benefits Deutsche Bank sought from the relationship.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Deutsche Bank's operational systems are subject to an increasing risk of cyber-attacks and other internet crime, which could result in material losses of client or customer information, damage its reputation and lead to regulatory penalties and financial losses. – The size of its clearing operations exposes us to a heightened risk of material losses should these operations fail to function properly. – Ongoing global benchmark reform efforts initiated by the FSB, specifically the transition from interbank offered rates to alternative reference rates, including so-called "risk-free-rates", that are under development, introduce a number of inherent risks to its business and the financial industry. These risks, should they materialize, may have adverse effects on its business, results of operations and profitability. – Deutsche Bank is subject to laws and other requirements relating to financial and trade sanctions and embargoes. If Deutsche Bank breaches such laws and requirements, Deutsche Bank can be subject, and have in the past been subject, to material regulatory enforcement actions and penalties. – Transactions with counterparties in countries designated by the U.S. State Department as state sponsors of terrorism or persons targeted by U.S. economic sanctions may lead potential customers and investors to avoid doing business with us or investing in its securities, harm its reputation or result in regulatory or enforcement action which could materially and adversely affect its business.
D.3	Key information on the key risks that are specific to the Securities	<p>The Securities may not be a suitable investment for all investors. Each potential investor in the Securities must determine the suitability of that investment in light of its own circumstances.</p> <p>Interest Rate Risk:</p> <p>The Securities will pay a fixed amount of interest on specified interest payment dates. Investors who purchase securities with a fixed rate of interest are exposed to the risk that market interest rates rise and the fixed amount of interest they receive is less than the amount they would have received had they invested in a security with a floating rate of interest. The market value of securities with a fixed rate of interest will decrease if potential investors perceive that they can achieve a greater return on an investment by investing in alternative products.</p> <p>The Securities will pay a variable amount of interest on specified interest payment dates. Securities which bear floating interest rates can be volatile investments. Investors who purchase Securities with a floating rate of interest will be exposed to the risk of a fluctuating rate of interest and consequently variable interest amounts. Fluctuating interest rate levels make it impossible to determine the profitability of Floating Rate Securities. Specific risks arise in connection with the 3-months-EURIBOR to which interest payments under the Securities are linked. The London Interbank Offered Rate (LIBOR), the Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR) and other indices which are deemed to be "benchmarks" (each a "Benchmark" and together, the "Benchmarks") are the subject of recent national, international and other</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>regulatory guidance and proposals for reform. Some of these reforms are already effective while others are still to be implemented. These reforms may cause a Benchmark (including the 3-months-EURIBOR) to perform differently than in the past, to disappear entirely or have other consequences which cannot be predicted. Any such consequence could have a material adverse effect on the Securities linked to 3-months-EURIBOR.</p> <p>Regulation (EU) 2016/1011 (the "Benchmarks Regulation") could have a material impact on the Securities, in particular, if the methodology or other terms of 3-months-EURIBOR are changed in order to comply with the requirements of the Benchmarks Regulation. Such changes could, among other things, have the effect of reducing, increasing or otherwise affecting the volatility of the published rate or level of 3-months-EURIBOR.</p> <p>Any of the international or national reforms, or the general increased regulatory scrutiny of Benchmarks, could increase the costs and risks of administering or otherwise participating in the setting of a Benchmark and complying with any such regulations or requirements.</p> <p>Separate workstreams are also underway in Europe to reform EURIBOR using a hybrid methodology and to provide a fallback by reference to a euro risk-free rate (based on a euro overnight risk-free rate as adjusted by a methodology to create a term rate). On 13 September 2018, the working group on euro risk-free rates recommended Euro Short-term Rate ("€STR") as the new risk free rate. €STR is expected to be published by the ECB by October 2019. In addition, on 21 January 2019, the euro risk free-rate working group published a set of guiding principles for fallback provisions in new euro denominated cash products (including bonds). The guiding principles indicate, among other things, that continuing to reference EURIBOR in relevant contracts may increase the risk to the euro area financial system.</p> <p>It is not possible to predict with certainty whether, and to what extent, Benchmarks (including the 3-months-EURIBOR) will continue to be supported going forwards. This may cause Benchmarks to perform differently than they have done in the past, and may have other consequences which cannot be predicted. Such factors may have the following effects on the 3-months-EURIBOR: (i) discouraging market participants from continuing to administer or contribute to the 3-months-EURIBOR; (ii) triggering changes in the rules or methodologies used in the 3-months-EURIBOR, and/or (iii) leading to the disappearance of the 3-months-EURIBOR. Any of the above changes or any other consequential changes as a result of international or national reforms or other initiatives or investigations, could have a material adverse effect on the value of and return on the Securities.</p> <p>Investors should be aware that if the 3-months-EURIBOR were discontinued or otherwise unavailable, were no longer permitted for use by the Issuer or were its methodology of calculation to be materially changed, amounts payable on the Securities will then be determined by the fall-back provisions applicable to the Securities which may (depending on market circumstances at the relevant time, including uncertainty concerning availability of replacement rates) not operate as intended. This may in certain circumstances (i) result in the Calculation Agent or an Independent Adviser appointed by the Issuer, or the Issuer itself, determining a replacement rate (if any at the relevant time) to be used, with or without the application of an adjustment spread (which, if applied, could be positive or negative, and would be applied with a view to reducing or eliminating, to the extent reasonably practicable in the circumstances, any transfer of economic value between the Issuer and</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>Securityholders arising out of the replacement of the 3-months-EURIBOR) and making such other adjustments to the terms and conditions of the Securities as it determines appropriate to account for such replacement; (ii) result in the effective application of a fixed rate based on the rate which applied in the previous period when the 3-months-EURIBOR was available; (iii) result in the early redemption of the Securities; or (iv) result in paragraphs (i) and (ii), or (ii) and (iii), both applying. Any such replacement and adjustment may result in an Interest Rate in respect of the Securities which is different and may perform differently from the originally anticipated 3-months-EURIBOR and unless any such replacement rate is itself discontinued or otherwise unavailable, is no longer permitted for use by the Issuer or its methodology of calculation is materially changed, such replacement rate will be used to calculate the Interest Rate for the remainder of the life of the Securities, regardless of any change in industry or market practice as to the appropriate replacement for the originally anticipated 3-months-EURIBOR. All of this could have an adverse effect on the value or liquidity of, and return on, the Securities.</p> <p>Early Termination Right of the Issuer: The Securities provide the Issuer with an early termination right. The early redemption of a Security may lead to negative deviations from the expected yield and the repaid redemption amount of the Securities may be lower than the purchase price paid by the Securityholder and thus, the invested capital may be partially or completely lost. Furthermore, there is the possibility that Securityholders may invest the amounts received upon early redemption only at a rate of return which is lower than that of the Securities redeemed.</p> <p>Green Securities – Use of Proceeds: No assurance is given by the Issuer (i) that the use of proceeds from the issue of the Securities (“Green Securities”) for any green assets (“Green Assets”) will satisfy any present or future investor expectations or requirements as regards any of its investment criteria or guidelines; (ii) as to the implementation of the projects and/or activities underlying the Green Assets or (iii) in respect of any opinion or certification of any third party (whether or not solicited by the Issuer) (“Green Evaluation”) which may be made available in connection with the issue of the Green Securities and in particular with any Green Assets to fulfil any environmental, sustainability and/or other criteria. A failure to comply with any criteria applicable to the Green Securities or a withdrawal of a Green Evaluation will not constitute an event of default under the terms and conditions of the Green Securities.</p> <p>Any failure to apply the proceeds of the issue of the Green Securities for any Green Assets and/or the Green Securities no longer being listed or admitted to trading on any stock exchange or securities market may have a material adverse effect on the value of the Green Securities and/or result in adverse consequences for certain investors with portfolio mandates to invest in securities to be used for a particular purpose.</p> <p>Resolutions of Securityholders: The Terms and Conditions of the Notes provide that the Securityholders may agree to amendments to the Terms and Conditions by majority vote. A Securityholder is therefore subject to the risk to be outvoted and to lose rights towards the Issuer against its will. In addition, the Terms and Conditions provide the possibility to appoint a joint representative for all Securityholders. If such joint representative is appointed a Securityholder may lose, in whole or in part, the possibility to enforce and claim rights against the Issuer irrespective of the other Securityholders.</p> <p>Taxation: Potential purchasers and sellers of Securities should be aware that they may be required to pay stamp taxes or other documentary charges in accordance with</p>

Element	Disclosure requirement	
		<p>the laws and practices of the country where the Securities are transferred and/or any asset(s) are delivered.</p> <p>No Tax Gross-up: The Issuer is not obliged to gross up any payments in respect of the Securities and all amounts payable in respect of the Securities shall be made with such deduction or withholding of taxes, duties or governmental charges of any nature whatsoever imposed, levied or collected by way of deduction or withholding, if such deduction or withholding is required by law (including pursuant to an agreement described in Section 1471(b) of the U.S. Internal Revenue Code of 1986 (the "Code") or otherwise imposed pursuant to Sections 1471 through 1474 of the Code and any regulations or agreements thereunder or official interpretations thereof ("FATCA") or pursuant to any law implementing an intergovernmental approach to FATCA).</p> <p>Currency and Exchange Control Risks: If Securities are denominated in a currency which is a foreign currency for an investor, such investor is exposed to the risk of changes in currency exchange rates which may affect the yield of such Securities. Government and monetary authorities may impose (as some have done in the past) exchange controls that could adversely affect an applicable exchange rate.</p> <p>FATCA Withholding Tax: The Issuer may be required to withhold U.S. tax pursuant to certain provisions of FATCA.</p> <p>Liquidity Risk: There can be no assurance that a liquid secondary market for the Securities will develop or, if it does develop, that it will continue. In an illiquid market, an investor might not be able to sell its Securities at any time at fair market prices. The possibility to sell the Securities might additionally be restricted by country specific reasons.</p> <p>Market Price Risk: The Securityholders are exposed to the risk of an unfavourable development of market prices of their Securities which materialises if the Securityholders sell the Securities prior to the final maturity of the Securities.</p> <p>Credit Ratings May not Reflect all Risks: One or more independent credit rating agencies may assign credit ratings to the Securities. If the Securities are rated, such rating will not necessarily be the same as the rating assigned to other securities to be issued under the Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme of the Issuer. The ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed above, and other factors that may affect the value of the Securities.</p> <p>Legal Investment Considerations May Restrict Certain Investments: The investment activities of certain investors are subject to legal investment laws and regulations, or review or regulation by certain authorities. Each potential investor should consult its legal advisers to determine whether and to what extent (a) the Securities are legal investments for it, (b) the Securities can be used as collateral for various types of borrowing and (c) other restrictions apply to its purchase or pledge of any Securities. Financial institutions should consult their legal advisers or the appropriate regulators to determine the appropriate treatment of Securities under any applicable risk-based capital or similar rules.</p> <p>Regulatory Bail-in: In the case that the Issuer becomes, or is deemed to have become unable to continue its regulated banking activities the payment claims under the Securities may be reduced, including to zero, or converted into instruments that constitute common equity tier 1 capital for the Issuer (such as ordinary shares) by intervention of the competent "resolution authorities" (regulatory bail-in).</p>

Section E — Offer

Element	Disclosure requirement	
E.2b	Reasons for the offer and use of proceeds	Refinancing of “green” assets according to the Issuer’s Green Bond Framework, dated 1 April 2020.
E.3	Terms and conditions of the offer	<p>The Securities are distributed by way of a public offer to non-qualified investors and qualified investors on a syndicated basis.</p> <p>The total amount of the offer is EUR 500,000,000. The Specified Denomination per Security is EUR 1,000. The Issue Price of the Securities is 99.938 per cent. of the Specified Denomination. The offer period is from (and including) 8 June 2020 to (and including) 10 June 2020. The offer period may be shortened or extended by the Issuer.</p>
E.4	Interest that is material to the issue/offer including conflicting interests	Not applicable. So far as the Issuer is aware, no person involved in the offer of the Securities is subject to any conflict of interest material to the offer.
E.7	Estimated expenses charged to the investor by the Issuer or the offeror	Not applicable. The Issuer will not charge expenses to the investor.